



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr.127 Okt./2 2024

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs-mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Erlaubnis des Einsatzes von Langstreckenwaffen gegen Russland = Kriegseintritt der NATO gegen Russland

Von Uwe Froschauer, September 13, 2024

Bisher wurde von den NATO-Ländern immer behauptet, die NATO bzw. deren Mitglieder seien keine Kriegsparteien – was bis dato zu bezweifeln war. Durch die Erlaubnis des Einsatzes von Langstreckenwaffen gegen Russland werden sie es definitiv. Der Dritte Weltkrieg ist bei Genehmigung dieser Waffen kaum mehr zu verhindern. Schon mal Danke hierfür an alle deutschen und globalen Kriegstreiber. Ihr gefährdet das Leben meiner Tochter in höchstem Masse. Keiner von euch ist auch nur den Dreck unter ihren Fingernägeln wert. Krieg ist ein Verbrechen. Jeder der ihn vorantreibt ist ein Verbrecher. Ihr hättet das Szenario eines Dritten Weltkriegs bereits ein paar Wochen nach der russischen Invasion in Istanbul verhindern können, aber «der Westen war noch nicht bereit dafür». Der Grund hierfür ist sehr einfach: Macht und Geld. Es geht um Eura-

sien und insbesondere dessen asiatische Bodenschätze, um Aufrechterhaltung der Hegemonie der USA und deren Dollar-Monopol als Weltleitwährung, da die USA andernfalls ihre Macht zur Unterdrückung, Beherrschung und Ausbeutung der Völker verlieren würden.

Jeder, der nichts gegen die kriegstreiberischen Aktivitäten dieser Teufel tut, ist ein Mitläufer, Dummkopf oder Feigling. Sind euch euer Leben und das eurer Kinder so wenig wert? Wie könnt ihr dieser Entwicklung tatenlos zusehen? Tut endlich was!

Hintergrund dieser fatalen Entwicklung

Grossbritannien scheint grünes Licht für Raketenangriffe der ukrainischen Armee auf Ziele tief in Russland gegeben zu haben, berichtete *«The Guardian»*. Diesem Bericht zufolge hat die britische Regierung beschlossen, Kiew den Einsatz von Storm-Shadow-Marschflugkörpern für Angriffe auf Russland zu gestatten. Auch die USA seien bereit, ihre Beschränkungen für den Einsatz von Langstreckenwaffen zu lockern. Das berichtete die britische Zeitung in einem Bericht anlässlich des gemeinsamen Besuchs von US-Aussenminister Anthony Blinken und des britischen Aussenministers David Lammy in Kiew. Was soll bei einem Treffen von den grössten globalen Kriegstreibern auch anderes herauskommen? Beide Länder sind für ihre imperialistischen Machenschaften bekannt, Grossbritannien in der Vergangenheit und die USA in der Gegenwart.

Der Einsatz der Raketen soll aber wahrscheinlich eingeschränkt werden, «um rücksichtslose oder unnötige Angriffe zu vermeiden» heisst es. Nein, das ist meines Erachtens nur der erste Schritt, um es für die Bevölkerung – ohne deren Akzeptanz es nicht geht – nicht zu radikal aussehen zu lassen.

Diese Entscheidung stehe im Zusammenhang mit dem Einsatz von Storm-Shadow-Raketen, der von London bereits genehmigt worden sei, so *«The Guardian»* unter Berufung auf anonyme Regierungsquellen am Mittwoch, den 11. September 2024. Was für ein geschichtsträchtiger Kalendertag! Am 11. September 2001 übte angeblich die islamistische Terrororganisation Al-Qaida den bisher folgenreichsten Terrorakt in der jüngeren Geschichte aus, worauf George W. Bush den Kampf gegen den Terrorismus proklamierte, verbunden mit weitreichenden Freiheitsbeschränkungen für die Bevölkerung, die bisher kaum aufgehoben wurden.

Blinken deutete laut *«The Guardian»* an, das Weisse Haus wolle die Restriktionen aufheben. Der Minister soll gegenüber Reportern erklärt haben, dass der Einsatz solcher Waffen gegen Ziele in Russland tatsächlich diskutiert worden sei und er US-Präsident Joe Biden über die Gespräche in Kiew informieren wolle.

Vielleicht soll diese Entscheidung auch deswegen getroffen werden, damit im Falle der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten dieser den Krieg nicht mehr verhindern kann.

Die ursprünglichen Auflagen zur Beschränkung des Einsatzes westlicher Waffen zur Vermeidung einer direkten Beteiligung der NATO an dem Russland-Ukraine-Konflikt – beides keine NATO-Länder – wurden Schritt für Schritt gelockert, auch auf das Verlangen von Kiew hin. Mit dieser Entscheidung über den Einsatz von Langstreckenwaffen gegen Russland sind die NATO bzw. die USA – die anderen Mitgliedsländer sind lediglich Vasallen – in meinen Augen definitiv Kriegsbeteiligte. Die Ausweitung auf einen Dritten Weltkrieg wird dann nicht lange auf sich warten lassen.

Mehr hierzu unter <https://rtnewsde.pro/international/218935-bericht-grossbritannien-erlaubt-kiew-raketenangriffe/>

Die Deutsche Presse-Agentur schrieb am 13. September 2024 über die jüngsten Geschehnisse im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen:

New York – Unter Verweis auf seine Atomwaffen warnt Russland die Vereinigten Staaten und die NATO vor einem möglichen ukrainischen Einsatz weitreichender westlicher Präzisionswaffen gegen Ziele tief in russischem Territorium. «Das hier ist kein Spiel. Tatsache ist, dass die NATO direkt an Feindseligkeiten gegen eine Atommacht beteiligt sein wird. Ich denke, Sie sollten das nicht vergessen und über die Konsequenzen nachdenken», sagte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

«Das NATO-Militär wird Raketensysteme programmieren. Wir sprechen hier nicht davon, Kiew Langstreckenangriffe auf Russland zu erlauben, sondern vielmehr davon, eine Entscheidung für direkte Angriffe aus dem Westen zu treffen», so der Diplomat. Die NATO würde direkte Kriegspartei. Ähnlich hatte sich zuvor Russlands Präsident Wladimir Putin geäussert, dabei aber nicht auf das Arsenal an Atomwaffen verwiesen. «Ich habe nie gesagt, und wir würden auch nie sagen, dass wir die Drohungen von Herrn Putin nicht ernst nehmen», sagte der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrats im Weissen Haus, John Kirby. Dass Putin mit Atomwaffen drohe, nehme man ernst. Putin habe bewiesen, dass er zu Eskalation und Aggression fähig sei. (Anscheinend hat John Kirby hier Putin mit den USA verwechselt, Anmerkung des Verfassers).

«Wir nehmen diese Äusserungen also ernst, aber das ist nichts, was wir nicht schon einmal gehört hätten. Wir nehmen sie also zur Kenntnis.»

(Anmerkung des Verfassers: Dass die USA die atomaren Drohungen Russlands «zur Kenntnis nehmen» heisst in meinen Augen, dass die USA einen Atomkrieg billigend in Kauf nehmen. Es trifft ja zuerst Europa, nicht wahr, halb so schlimm, und nicht «God's own Country» wie viele US-Amerikaner ihr Land bezeichnen. Wohl eher «Devil's own Country», seitdem insbesondere die Engländer in Amerika eingefallen sind, und in

gewohnter Manier alles niedergemetzelt haben, was sich ihrem imperialistischen Drang in den Weg stellte. Die USA spielen mit unser aller Leben. Der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis geht sogar so weit zu behaupten, dass die USA «... sogar sich selbst mit Atomwaffen angreifen (werden), wenn es nötig ist, um das Dollarmonopol aufrechtzuerhalten.» Quelle weiter unten.)

«Die vom Westen unterstützte Ukraine fordert seit längerem von den USA und Grossbritannien, den Einsatz weitreichender Raketen im russischen Hinterland zu erlauben. Ihr erklärtes Ziel ist es, die russische Logistik zu stören und Militärflugplätze der Luftwaffe weit hinter der russisch-ukrainischen Grenze anzugreifen.

Die USA beschränken den Einsatz ihrer Waffen gegen Russland nach offizieller Darstellung auf die Abwehr der russischen Offensive gegen die ostukrainische Stadt Charkiw. Die britische Regierung äussert sich bislang nicht konkret zur Frage, was sie der Ukraine mit den von ihr zur Verfügung gestellten Waffen genau erlaubt. US-Medien spekulieren darüber, dass US-Präsident Joe Biden kurz davor stehen könnte, den Weg für die Ukraine für entsprechende Angriffe freizumachen. Er wird den britischen Premier Keir Starmer am Freitag im Weissen Haus treffen.»

© Deutsche Presse-Agentur

Danke auch, Herr Scholz, dass Sie die Stationierung von Langstreckenraketen und Marschflugkörpern der USA in Deutschland durchgewunken haben, und sie als Beitrag für den Frieden sehen. Sie haben damit Deutschland zur Zielscheide gemacht, Sie «Pazifist». Sie sind wahrlich ein «gefallener Engel». Ich hoffe, Sie werden nicht wieder von selektiver Amnesie heimgesucht, sollte Deutschland in Trümmern liegen. Sie sollten sich schämen und im Erdboden versinken anstatt erneut für das Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren, auch wenn benebelte Mitstreiter wie Karl Lauterbach Sie für den besten Bundeskanzler aller Zeiten halten. Sie wissen ja, sein Urteil ist nicht allzu viel wert! Die Sozialdemokraten – die ich meist gewählt habe – sind zu einer Schande für Deutschland geworden. Nichts «Sozialdemokratisches» mehr an ihnen zu finden!

«Ich lege hier für den Fall meines Todes das Bekenntnis ab, dass ich die deutsche Nation wegen ihrer überschwänglichen Dummheit verachte und mich schäme, ihr anzugehören.»

Arthur Schopenhauer

Sollten die Politiker zu Schopenhauers Zeiten ähnliches Format wie die heutige Bundesregierung und die Union aufgewiesen haben, und hat sich die Bevölkerung ebenso verdummen lassen wie heute, kann ich Herrn Schopenhauer gut verstehen.

Die Reaktion Moskaus auf die mögliche westliche Aggression

Der russische Senator Alexei Puschkow kritisierte, Washington und London würden die öffentliche Meinung über die Medien beeinflussen, um Unterstützung für die Lieferung von Langstreckenraketen an die Ukraine zu erhalten. Wörtlich sagte Puschkow:

«Die Entscheidung, russisches Territorium anzugreifen, wird eindeutig vorbereitet. Es gibt zu viele Spekulationen und Andeutungen, um sie auf die leichte Schulter zu nehmen. Auch wenn die Entscheidung noch nicht gefallen ist, scheint sie nur noch eine Frage von Tagen zu sein. Die Veröffentlichung des Guardian ist kein Zufall. Sie bereiten die Öffentlichkeit darauf vor.»

Informationskrieg ist heutzutage das primäre Mittel zur Erreichung strategischer Ziele. Bei den gegenwärtigen geopolitischen Spannungen hat sich der Informationskrieg als das zentrale Element entwickelt, das weit über traditionelle militärische Auseinandersetzungen hinausgeht. Mainstreammedien – meist Propagandaorgane der Regierungen – füttern die Bevölkerung gezielt mit fragmentarischen Informationen, Desinformationen und Fake News mit dem Ziel die öffentliche Meinung in Richtung der Regierungsnarrative – wie zum Beispiel «Kriegstüchtigkeit» – zu beeinflussen, den Bewertungsrahmen der Menschen zu verdrehen, und den «Gegner» – in diesem Fall Russland – zu diskreditieren und zu destabilisieren. Die meisten Menschen fallen leider darauf rein, weil es für sie einfacher ist, andere für sich denken zu lassen – «Betreutes Denken» eben. Viele Menschen kennen sich auch nicht mehr aus, sie haben die Orientierung aufgrund des wütenden Informationskriegs verloren. Passend hierzu ein Zitat von Hannah Arendt:

«Denn das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nur als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird.»

Der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow hat die USA scharf kritisiert und ihnen vorgeworfen, «die Grenzen unserer Toleranz gegenüber feindseligen Handlungen» zu testen und «den Weg für einen dritten Weltkrieg» zu ebnen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow kündigte am 11. September an, das russische Militär werde «angemessene Gegenmassnahmen» ergreifen, während Aussenminister Sergei Lawrow den Einsatz solcher Raketen als ein «Spiel mit dem Feuer» bezeichnete. Lawrow sagte wörtlich:

«Es ist der Westen, der die Ukraine mit Angriffswaffen ausrüstet, die bei Terrorschlägen eingesetzt werden. Mit der Übergabe der Waffen gibt der Westen dem ukrainischen Regime sofort den Freifahrtschein, sie einzusetzen. Sie sagen, sobald die Waffen die ukrainische Grenze überquert haben und Vertreter der ukrainischen Streitkräfte sie übernehmen, dann sind es nicht mehr unsere Waffen, sondern ukrainische, und die Ukraine kann mit diesen Waffen machen, was sie will. Jetzt, während Gespräche geführt werden, sind Blinken und Lammy nach Kiew gefahren. Das ist eine klare Inszenierung. Wir haben keinen Zweifel daran, dass die Entscheidung, die Beschränkungen für den Einsatz von Langstreckenwaffen zum Angriff auf das Territorium der Russischen Föderation aufzuheben, schon vor langer Zeit getroffen wurde. Jetzt versucht man es im öffentlichen Raum nur hübscher, anständiger und eleganter aussehen zu lassen. Der Nuklearterrorismus ist zur Visitenkarte der Ukraine geworden. Sie haben wahrscheinlich die Berichte über Anschläge und versuchte Angriffe auf die Atomkraftwerke Leningrad, Kalinin, Kursk und Saporoschje gehört. Das Atomkraftwerk Saporoschje stand buchstäblich am Rand einer Katastrophe, als die ukrainischen Streitkräfte es am 11. August unter Beschuss nahmen. Das Feuer beschädigte einen der zwei Kühltürme des Kraftwerks schwer. Dies ist eine ernste Situation. Irgendwie hat der Westen die Sache auf die leichte Schulter genommen, würde ich sagen. Obwohl die Handlungen von ihren Marionetten letztlich zu einer Katastrophe wie Tschernobyl führen könnten, die in erster Linie Europa betreffen würde.»

Dito.

Es wäre schön, wenn unsere Aussenministerin auch nur einen Bruchteil des Weitblicks, des politischen Verstandes und der Intelligenz von Sergei Lawrow hätte,

Interview von «Zarubinreporter» mit Wladimir Wladimirowitsch Putin

Auf die Frage

«In den letzten Tagen haben wir auf höchster Ebene in Grossbritannien und in den USA gesehen und gehört, dass das Kiewer Regime in der Lage sein wird, mit westlichen Langstreckenwaffen tief in russisches Territorium einzudringen. Und so wie es aussieht, steht diese Entscheidung entweder kurz bevor oder ist bereits getroffen worden. Und diese Dinge sind natürlich aussergewöhnlich. Ich wollte Sie bitten, sich dazu zu äussern, was hier vor sich geht.»

des Reporters antwortete Putin:

«Es wird versucht, Begriffe zu ersetzen, denn es geht nicht darum, dem Kiewer Regime zu erlauben oder zu verbieten, russisches Gebiet anzugreifen. Es tut es, mit Hilfe von Drohnen und anderen Mitteln. Aber wenn es um den Einsatz westlicher Präzisionswaffen mit grosser Reichweite geht, sieht die Sache ganz anders aus. Ich habe es bereits gesagt, und jeder Experte wird es bestätigen: Sowohl in unserem Land als auch im Westen ist die ukrainische Armee nicht in der Lage mit modernen Präzisionswaffen westlicher Herstellung zuzuschlagen. Sie kann es nicht tun. Sie kann dies nur mit Hilfe von Satellitenaufklärung tun, über die die Ukraine nicht verfügt. Es gibt nur Daten von EU-Satelliten oder von Satelliten der Vereinigten Staaten in der Regel von NATO-Satelliten. Das ist etwas Neues. Die zweite Sache, und sehr wichtig, vielleicht sogar die wichtigste, ist, dass die Flugzuweisungen in diesen Raketensystemen tatsächlich nur von NATO-Militärpersonal vorgenommen werden können. Ukrainisches Militärpersonal kann das nicht tun. Es geht also nicht um die Frage, ob das ukrainische Regime Russland mit diesen Waffen angreifen darf oder nicht. Es geht um die Entscheidung, ob NATO-Länder direkt in einen militärischen Konflikt verwickelt werden oder nicht. Wenn diese Entscheidung getroffen wird, würde das nichts anderes bedeuten als die direkte Beteiligung der NATO-Länder, der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder am Krieg in der Ukraine. Es ist ihre direkte Beteiligung. Und das verändert natürlich das Wesen, die Natur des Konflikts. Es würde bedeuten, dass sich die NATO-Länder, die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder im Krieg mit Russland befinden. Und wenn das der Fall ist, dann werden wir in Anbetracht des veränderten Wesens dieses Konflikts die entsprechenden Entscheidungen auf der Grundlage der Bedrohungen treffen, die sich uns stellen werden.»

Danke Herr Kiesewetter, Herr Merz, Frau Baerbock, Frau Strack-Zimmermann, Herr Hofreiter, Herr Pistorius und Konsorten, dass Sie mitgeholfen haben, es so weit kommen zu lassen. Sie werden ihren Platz in der Geschichtsschreibung finden als Schande für das deutsche und europäische Volk und Peiniger der Weltbevölkerung. Kriegstreiber sind in meinen Augen Verbrecher der übelsten Art! Wir stehen nicht zuletzt Dank Ihnen an der Schwelle zum Dritten Weltkrieg. Sich zu schämen reicht nicht mehr!

Weitere Stimmen:

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Richard Wolff führte mit dem griechischen Wirtschaftswissenschaftler, Ex-Finanzminister und Politiker Yanis Varoufakis ein Interview, unter anderem über mögliche Gründe für einen Dritten Weltkrieg.

<https://www.youtube.com/watch?v=QMFhvHxi2NQ#t=913>

Richard Wolff:

«Sind sie der Ansicht, dass die globale Wirtschaft dabei ist auseinanderzufallen – das System, das die USA mit seinen europäischen Verbündeten dominiert hat – und sich zu einem System von zwei Blöcken

entwickelt? Und zwar mit den G7, mehr oder weniger, auf der einen Seite, und den BRICS auf der anderen Seite.»

Yanis Varoufakis:

«Ich denke, wir Progressive, wir Linken, überschätzen die Bedeutung der BRICS, während Washington, das Establishment, die BRICS unterschätzen. Meiner Meinung nach von grosser Bedeutung ist das, was ich «Cloud Kapital» nenne (im Buch «Technofeudalismus») – also die internetbasierten Technologien, digitale Technologien, KI usw. – von chinesischen Unternehmen, sowohl staatliche als auch private. Wie dieses «Cloud Kapital» mit dem chinesischen Finanzkapital verschmolzen ist und ein «Cloud Finanzsystem» in China geschaffen hat. Genau das ist nämlich eine klare und unmittelbare Gefahr für die Vorherrschaft des Dollar-basierten Bezahlsystems. Und der Grund dafür ist, in den USA gibt es kein technologisches Problem, das Cloud Kapital mit dem Finanzsystem zu verschmelzen, aber es gibt ein politisches Problem: Die Wall Street wird niemals bereit sein, seine Fähigkeit Geld zu drucken, mit den Big Tech Brüdern aus Silicon Valley zu teilen. Und deswegen stellen die Chinesen eine klare und unmittelbare Gefahr für die Hegemonie der USA dar.»

Richard Wolff:

«Okay. Kommt ein Krieg auf uns zu?»

Yanis Varoufakis:

«Ja, wir sind in Europa, die Europäische Union ist kein Friedensprojekt mehr. Es ist eine europäische Kriegsunion. Aber lassen Sie mich auf das Fazit meiner vorigen Antwort zurückkommen: Warum ist die Entwicklung Chinas letztlich eine Gefahr für die US-amerikanische Hegemonie? Was ja sogar zu einem Atomkrieg führen kann. Der Grund dafür ist die Entstehung dessen, was ich das «Cloud Finanzsystem» nenne, in China. Denn es gibt nur einen Grund dafür, warum die USA weiterhin Hegemonialmacht sind: Ihr Monopol über das internationale Bezahlssystem, das Dollar-System. Wenn Sie das verlieren, verlieren Sie auch die Fähigkeit auf der ganzen Welt Macht auszuüben. Und sie werden einen Atomkrieg beginnen, um den Verlust dieses Monopols zu verhindern. Die USA werden sogar sich selbst mit Atomwaffen angreifen, wenn es nötig ist, um das Dollarmonopol aufrechtzuerhalten.»

Fazit

Die Eskalation des Krieges wurde von den Kriegstreibern und Rüstungslobbyisten, dem Militärisch-Industriellen Komplex (MIC), vor dem schon US-Präsident Eisenhower in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts warnte, immer weiter befeuert. Erst Panzer, dann Marschflugkörper, dann F16-Kampfflugzeuge und jetzt wahrscheinlich Langstreckenraketen, die auch von F16 zum Teil abgefeuert werden können. Ja, wirklich durchdacht. Der Bevölkerung wird das Vorhaben dieser Grössenwahnsinnigen – der Dritte Weltkrieg – scheinbar unter die Nase gerieben – Salami-Taktik: Scheibe für Scheibe, um zu sehen, wie weit die Manipulierer gehen können.

Der ehemalige EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker formulierte diese Taktik wie folgt:

«Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

<https://gutezitate.com/autor/jean-claude-juncker>

Wird der Widerstand des Volkes als «beherrschbar» eingestuft, werden die (steuerfinanzierten) Massnahmen hemmungslos umgesetzt. Den Blutzoll dieser «wertgeleiteten» Politik zahlt ohnehin die «Wertegemeinschaft», das Volk, das mittlerweile mehr und mehr spitzkriegt, dass es fast ausschliesslich um die «Werte» der Macht- und Besitzeliten und nicht um die Interessen des Volkes geht. Momentan sind es Ukrainer und Russen, die ihr Leben in diesem sinnbefreiten Krieg geben, was sich ändern wird. Sollten die Massen nicht aufstehen – und danach sieht es momentan aus – wird sich der von den Finanz-Eliten gewollte Dritte Weltkrieg nicht verhindern lassen.

Quelle: <https://wassersaenge.com/blogbeitraege/erlaubnis-des-einsatzes-von-langstreckenwaffen-gegen-russland-kriegseintritt-der-nato-gegen-russland/>

Totale Macht und Kontrolle durch elektromagnetische Waffen

Ein Beitrag von Katherine Horton

Dr. Katherine Horton ist ausgebildete Teilchenphysikerin und Systemanalytikerin mit einem Master of Physics (1. Klasse) und einem Dokortitel in Teilchenphysik von der Universität Oxford.

Dr. Katherine Horton – Qualifikationen Hochenergiephysik

Sie arbeitete als Hochenergiephysikerin am Teilchencollider des deutschen Electronsynchrotron DESY in Hamburg und am Large Hadron Collider des CERN in Genf in der Schweiz. Sie unterrichtete Kernphysik

und Teilchenphysik am Hertford College der Universität Oxford und führte Zulassungsinterviews für Bachelor-Physiker am St. Hilda's College in Oxford durch. Physik komplexer menschlicher Systeme.

In Oxford arbeitete Dr. Horton als wissenschaftliche Mitarbeiterin am St. John's College. Diese Position ermöglichte es ihr, ihre Forschung von der Teilchenphysik auf die medizinische Physik und die Physik komplexer menschlicher Systeme auszudehnen. Im Rahmen der letzteren führte sie systemanalytische Untersuchungen zum englischen Rechtssystem, zur Wirtschaft, zum Finanzsystem, zu Währungen sowie zur Wirtschaftskriminalität und zum organisierten Verbrechen durch.

Mit Geheimdienstkriminalität im Kommunismus aufgewachsen.

Dr. Hortons erste Erfahrung mit Geheimdiensten und ihrer grenzenlosen Kriminalität war im kommunistischen Rumänien, wo sie als Kind ungarisch-deutscher Eltern geboren wurde. Als kleines Kind erlebte sie den permanenten Terrorismus ihrer Familie durch die rumänischen Geheimdienste Securitate, eine Organisation, die für ihre Brutalität und ihren ungebildeten Schwachsinn bekannt ist. Dr. Hortons Familie war ein Hauptziel der Geheimdienst-Verbrecher, da sie hochgebildet waren und sich weigerten, an der kriminellen Aufklärung teilzunehmen, die die Mob-Netzwerke der Geheimdienste benutzten, um die Gesellschaft in Rumänien zu unterminieren.

Britische Geheimdienstkriminalität.

Nachdem sie mit ihren Eltern aus dem kommunistischen Rumänien geflohen war, wuchs Dr. Horton in Deutschland auf, wo sie in der Schule hervorragende Leistungen erbrachte, die 9. Klasse übersprang und das deutsche Abitur abschloss. Aufgrund ihrer schulischen Ergebnisse und ihrer hohen Eignung für Mathematik und Physik wurde Dr. Horton für einen Studien- und Promotionsplatz an der Universität Oxford zugelassen, bevor sie wie oben erwähnt wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde. In ihrer ersten Woche als Studentin in Oxford erlebte Dr. Horton die gleiche Taktik, die die Securitate zu kommunistischen Zeiten bei ihrer Familie angewandt hatte. Eine Gruppe älterer Männer begann ihr auf dem Weg zu Vorträgen nachzuschleichen und wartete auf dem Weg zum College an verschiedenen Stellen auf sie. Sie machten wiederholt Fotos von ihr und machten ihre Verfolgung und Belästigung so offen wie möglich.

Zu der Zeit ignorierte Dr. Horton das Schauspiel, da das Leben in einem fremden Land und das Aufrechterhalten des Studiums an einer Eliteuniversität überwältigend genug waren. Die Verfolgung und Belästigung durch ältere Männer setzte sich zeitweise während ihres Studiums fort, doch erst ein Jahrzehnt später explodierte eine hochintensive Terrorkampagne der britischen Geheimdienste.

Als Dr. Horton im November 2011 im Rahmen ihrer systemanalytischen Untersuchung des englischen Rechtssystems an einem Fall des High Court in London teilnahm, verfolgte sie das MI5 offen von ihrem Haus zum Gericht und stellte einen Schläger auf, der jeden Morgen vor ihrem Haus auf sie wartete und ihr zum Bahnhof folgte.

Diese offene Geheimdienst-Terrorkampagne, die 2011 mit dem MI5 begann, hat bis heute nicht aufgehört und ist Dr. Horton im Ausland durch die Terrornetzwerke des MI6 in alle europäischen Länder gefolgt. Zum Zeitpunkt des Schreibens wurde Dr. Horton von MI5 und MI6 fast zwei Jahrzehnte lang verfolgt und belästigt. Was als offenkundige Überwachung begann, wurde zu aufdringlicher Belästigung, offenem Stalking, körperlicher Verstümmelung und nach dem Ende des Gerichtsverfahrens zu sexuellen Handlungen durch eine Gruppe britischer Männer, die grösstenteils zwischen 50 und 70 Jahre alt waren. Schliesslich verwandelten sich Menschen, die mit den Geheimdiensten und der Polizei in Verbindung standen, in offene, weit verbreitete Kriminelle. Dr. Horton erfuhr einen Einbruch im Stasi-Stil, sexuelle Verfolgung durch die Perversten in Oxford und überall, wo sie hinging, regelmässige Strassentheater und Belästigung durch Fremde.

Quelle: <https://www.informationspunkt.ch/post/katherine-horton-totale-macht-und-kontrolle-durch-elektromagnetische-waffen>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

Die Nato erhöht an Russlands Grenze weiter das Atomkrieg-Risiko

Urs P. Gasche / 14.09.2024

Die Zerstörung russischer Abschussrampen würde das atomare Gleichgewicht gefährden.

Deshalb droht ein russischer Erstschlag.

Russland, die Grossmacht mit den meisten Atomwaffen, wird in die Enge gedrängt. Die US-Abschussrampen für atomar bestückbare Raketen in Europa lassen Russland nur noch wenige Minuten Zeit, um auf

einen tatsächlichen oder vermeintlichen westlichen Erstschlag mit einem Gegenangriff gegen die USA oder gegen Europa zu reagieren. Ein russischer Gegenschlag infolge eines Fehlalarms eines NATO-Angriffs wäre nach Erkennen des Fehlalarms nicht mehr zu stoppen und würde einen atomaren Schlagabtausch auslösen.

Sollten jetzt von der Ukraine aus britische oder amerikanische Langstreckenwaffen russische Abschussrampen im Westen Russlands zerstören, wäre die russische Abschreckung namentlich in Richtung Europa stark geschwächt. Russland geriete in Gefahr, einer atomaren Bedrohung oder einem atomaren Angriff der USA, der NATO oder anderer Länder, die Atomwaffen besitzen, ausgeliefert zu sein. Es ist nicht anzunehmen, dass die russische Führung eine solche Entwicklung akzeptiert – ganz unabhängig davon, wie realistisch oder unrealistisch eine atomare Erpressung von Seiten des Westens wäre.

Um die gegenseitige Abschreckung nicht zu gefährden, hatte der Raketen-Abwehrvertrag («ABM-Vertrag») von 1972 das Stationieren solcher Raketen in Europa verboten. Doch seit die USA Ende 2001 diesen Vertrag gekündigt hatten, rüsteten beide Seiten wieder auf (siehe Infosperber vom 22.12.2021: Der Startschuss zum Wettrüsten 2.0 – vor 20 Jahren).



Nukleare Abschreckung: Nehmen die USA ein zerstörtes Europa in Kauf?
© Trends Research und Advisory

US-Verteidigungsministerium noch 2018:

Gegenseitige Abschreckung ist zentrales Element der Friedenssicherung

Auch dank des damals herrschenden «Gleichgewichts des Schreckens» blieb Europa während der Jahrzehnte des Kalten Krieges vor einem Atomkrieg verschont. Sowohl die Sowjetunion als auch die USA mussten davon ausgehen, dass bei einem atomaren Angriff die andere Seite genügend Zeit hat, um mit eigenen Atomwaffen zurückzuschlagen.

Ein Angriffskrieg mit Atomwaffen hätte sowohl für die Sowjetunion als auch für die USA zur Folge gehabt, dass auch eigene Städte zerstört und verseucht werden: «Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter.»

Noch 2018 schrieb das US-Verteidigungsministerium auf seiner Webseite: «Abschreckung ist seit fast 70 Jahren ein zentrales Element der Friedenssicherung.»

Putin: «Direkte Verwicklung der NATO»

Präsident Putin erklärte am 12. September im staatlichen Fernsehen, der Einsatz weitreichender Waffen auf Ziele in Russland «würde die Natur des Konflikts erheblich verändern. Sollte Kiew grünes Licht für das Abfeuern von Langstreckenraketen weit ins Landesinnere Russlands hinein erhalten, «wäre dies nichts weniger als eine direkte Verwicklung der NATO-Länder in den Krieg in der Ukraine». Russland werde «entsprechende Entscheide auf der Grundlage der Bedrohungen treffen, mit denen wir konfrontiert sein werden».

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius reagierte am 13. September in Berlin: Der Einsatz weitreichender Waffen gegen Ziele in Russland sei «durch das Völkerrecht gedeckt. Es stehe den USA und Grossbritannien frei, dies betreffend ihrer gelieferten Waffen «so zu entscheiden».

Tatsächlich darf die angegriffene Ukraine völkerrechtlich Langstreckenraketen für militärische Ziele in Russland einsetzen. Doch weder die USA noch Grossbritannien noch Deutschland dürfen ignorieren, dass Russland eine Atommacht ist, und dass ein Atomkrieg in Europa für die Menschen diesseits des Atlantiks eine absolute Katastrophe bedeuten würde.

Pentagon lässt Folgen eines Atomkrieges in Europa abklären

Das U.S. Army Corps of Engineers, das zur US-Armee gehört, will einen Auftrag vergeben, um die Auswirkungen von Atomwaffenexplosionen auf die landwirtschaftliche Produktion genauer abzuklären. Die Ausschreibung für den 34-Millionen-Dollar-Auftrag ging am 12. September 2024 zu Ende. Es geht um die Simulation von Atomkriegen auf globaler Ebene, die zur Zerstörung der landwirtschaftlichen Systeme wie z.B.

landwirtschaftlicher Betriebe führen würden, und um eine erhöhte Abdeckung speziell der ehemaligen Ostblockländer.

Hubert Wetzel, Auslandredaktor der «Süddeutschen Zeitung», fragte am 13. September in seinem Kommentar, der von den Tamedia-Zeitungen übernommen wurde: «Ist die Gefahr, dass der Krieg zu einem nuklearen Krieg eskalieren könnte, begründet?»

Die Antwort sei «tückisch», meinte er: «Das weiss man vielleicht erst, wenn es zu spät ist [...] Das Ausbleiben einer Eskalation in der Vergangenheit ist eben keine Garantie für das Ausbleiben einer Eskalation in der Zukunft.»

Trotzdem plädierte Wetzel dafür, militärische Ziele in Russland anzugreifen. Es sei «absurd, dass Kiew westliche Langstreckenraketen nicht gegen Ziele in Russland einsetzen darf». Sein kaum überzeugender Vorschlag zur Risiko-Minimierung: Westliche Politiker müssten sich «Gedanken darüber machen, wie sich verhindern lässt, dass aus dem Krieg in der Ukraine der dritte Weltkrieg wird».

Aus Sicht Russlands gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die USA oder die NATO Russland nicht angreifen würden. Diktatoren oder autoritäre Regimes, die in ihren Ländern Menschenrechte verletzen oder Minderheiten unterdrücken, dienten den USA in den letzten Jahrzehnten mehrmals als Anlass, um einen «Regime Change» anzupeilen. Vor allem, wenn es sich um Länder mit grossen Energie- oder Rohstoffvorkommen handelte: Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien.

Aus Sicht Europas muss ein atomarer Schlagabtausch unbedingt verhindert werden. Denn die Atombomben würden sehr wahrscheinlich zuerst Europa treffen.

Statt jetzt nur über ein weiteres Aufrüsten zu reden, könnte Europa konkrete Vorschläge zur gegenseitig kontrollierbaren Abrüstung vorlegen. Abrüstung wäre im Interesse aller Beteiligten – ausser der Rüstungslobby.

Mittelstreckenraketen: Mehr (nukleares) Risiko statt mehr Sicherheit für Deutschland

Grosse Medien befürworten mehrheitlich die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland. Wer sich mit Gegenargumenten auseinandersetzen möchte, liest am besten Joshua Selkens Beitrag auf Substack.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.



Flüssiggas-Pipelines für ein LNG-Terminal:
30 bis 50 Prozent mehr CO₂-Emissionen als der Transport von Erdgas.
Eine Folge des Konflikts mit Russland. © MikeMareen/Depositphotos

Wer Krieg und Aufrüsten nicht bekämpft, kann Klima nicht retten

Peter Vlaten / 25.09.2024

Den CO₂-Ausstoss von Militär, Aufrüstung und Kriegen zählen Staaten nicht zur Bilanz der Klimabelastung. Das kann sich rächen.

upg. Der Autor gehört z Berlin an. Der Artikel erschien am 14. September auf der Agentur Pressenza. Redaktion und Zwischentitel von Infosperber.

Wer behauptet, er könne das Klima retten, ohne dem Aufrüsten entgegenzutreten, der leugnet die Fakten. Im Jahr 2023 erreichten die Militärausgaben weltweit insgesamt 2,4 Billionen Dollar. Das ist ein massiver Anstieg von 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die USA gaben mit 916 Milliarden Dollar rund 40 Prozent aus: mehr als China, Russland und die weiteren sieben Länder mit den grössten Militärausgaben zusammen. Die USA betreiben weltweit über 800 ausländische militärische Stützpunkte. Russland 20, China 1.

China plant fünf weitere Militärbasen, welche die USA zu verhindern suchen.

Der CO2-Ausstoss des Militärs wird bei der CO2-Bilanzierung ausgeklammert

Bei der Klimakonferenz Kyoto 1997 haben die USA durchgesetzt, dass der militärische Komplex bei der CO2-Bilanzierung unberücksichtigt bleibt.

Die Forschung ist somit auf Schätzungen angewiesen, um den CO2-Ausstoss des Betriebs des Militärapparats, der Rüstungsindustrie und der realen Kriegereignisse. Die Schätzungen schwanken zwischen 5 und 10 Prozent der weltweiten CO2-Bilanz.

Die gegenwärtige, weltweite Rüstungsspirale und die zunehmenden militärischen Konflikte dürften diese Prozentwerte deutlich nach oben verschieben. Nach Schätzungen sollen sich die CO2-Emissionen im Jahr 2023 allein für den Militärbetrieb der Nato um 15 Prozent und von Deutschland um 55 Prozent erhöht haben.

Was den Militärbetrieb so teuer und extrem CO2-belastend macht

Ein paar Beispiele:

- Ein Panzer benötigt das 100 fache an Kraftstoff von einem PKW.
- Ein Eurofighter kostet pro Flugstunde so viel wie die durchschnittliche Lebenshaltung bei uns pro Jahr.
- 10 Tornado-Flugstunden emittieren so viel CO2 wie ein Auto in seiner gesamten Laufzeit.

Der Unterhalt der weit über 800 Militärbasen durch die USA im Ausland und der riesigen Flugzeugträgerflotte sowie die wachsende Zahl Manöver usw. sind extrem aufwändig und umweltbelastend.

Neben Militärbetrieb, Rüstungsindustrie und den eskalierenden Kriegen gibt es eine Reihe zusätzlicher Faktoren im Rahmen der Militarisierung, welche die Klimabilanz negativ beeinflussen:

- die CO2-Bilanz für das «Kriegstüchtigmachen ziviler Infrastrukturen» (Bunker, Zivilschutz...);
- die CO2-Bilanz von nicht allein militärisch verwendbaren Zulieferteilen und -materialien für die Rüstungsindustrie;
- die CO2-Belastung für den Wiederaufbau durch Kriege zerstörte Infrastrukturen und Landschaften. Das geschätzte Wiederaufbauvolumen für die gesamte Ukraine (einschliesslich Donbas und Luhansk) soll zum aktuellen Zeitpunkt rund 900 Milliarden Euro betragen;
- die CO2-Bilanz für internationale Kollateralschäden wie Störungen der Versorgungssicherheit. Der Aufbau der neuen LNG-Infrastruktur (Flüssiggas) in Deutschland erzeugt grosse Mengen an CO2-Emissionen. LNG selbst ist um 30 bis 50 Prozent klimaschädlicher als Pipelinegas. Die Emissionen für aktuell notwendige Umleitungen von Flug- und Warenverkehr wegen Flugverbotszonen und Gefährdung von Schiffsrouten steigen um rund 30 Prozent.



Zerstörung in Gaza. Kriege verursachen Elend und Elend verursacht Kriege.

© Wafa (Q2915969) Wikicommons

Man muss annehmen, dass die CO₂-Bilanz all dieser indirekten Aufwendungen und Folgen des Militarisierungskurses mindestens noch mal so hoch ist wie die geschätzte Summe des direkten Militärbetriebs, der Rüstung und der Kriege selbst. Experten erwarten, dass die aktuellen Kriege in der Ukraine und Nahost diese CO₂-Bilanzen noch deutlicher in die Höhe treiben.

Eine konfrontative Politik mit Kriegen ist nicht kompatibel mit der Eindämmung der Klimaerwärmung.

Klimakrise und Kriege verstärken sich gegenseitig

Die weltweiten Bestrebungen zur «militärischen Sicherheit» verbrauchen zudem riesige Mengen an monetären, intellektuellen und natürlichen Ressourcen, die dringend zum Klimaschutz wie zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit und damit zum Aufbau der Internationalen ökologischen wie sozialen Sicherheit benötigt werden.

Wer die Klimakrise nicht bekämpft, nimmt ein unendliches Leid in Kauf, welches das Leid vieler Kriege übersteigt. Dieses Leid wiederum schürt die Konflikte. Die Klimakrise wird damit zu einem Hauptbrandbeschleuniger von Kriegen.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.



Proteste der «Reporter ohne Grenzen»
in zehn Ländern gegen das Töten von Journalistinnen und Journalisten im Gazastreifen. © RSF

Israels Militär tötete in Gaza schon mehr als 130 Medienleute

**«Reporter ohne Grenzen» fordern für ausländische Journalisten Zugang zu Gaza –
«Al Jazeera» jetzt auch im Westjordanland verboten.**

upg. / 29.09.2024

«Das Eliminieren von Journalistinnen und Journalisten in Gaza durch die israelische Armee – über 130 Tote in weniger als einem Jahr – droht zu einem vollständigen Blackout in der blockierten Enklave zu führen», erklären die «Reporter ohne Grenzen» RSF.

Mindestens 32 dieser 130 Journalistinnen und Journalisten seien trotz Pressewesten während ihrer Arbeit umgekommen. Mit Aktionen in zehn Ländern, darunter Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Grossbritannien und den USA, wollen die «Reporter ohne Grenzen» dagegen protestieren: *«Wir fordern Schutz für die Journalisten in Gaza, ein Ende der Straflosigkeit und dass ausländische Journalisten Zugang zum Gazastreifen erhalten. Unser Recht auf Information steht auf dem Spiel.»*

Gemeinsam mit der lokalen Organisation Arab Reporters for Investigative Journalism (ARIJ) unterstützten die «Reporter ohne Grenzen» über 250 Journalisten in Gaza, die für lokale und internationale Medien arbeiten. Es wurden Unterkünfte und Ausrüstung für Reporter bereitgestellt, damit sie weiterhin über den Krieg berichten können.

Die «Reporter ohne Grenzen» eröffneten auch ein Pressefreiheitszentrum in Beirut, um Journalisten im Libanon – insbesondere Kriegsberichterstatter – Ausrüstung, Hilfe und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um die Welt unter möglichst sicheren Bedingungen weiterhin zu informieren.

Israel schloss Büro von «Al-Jazeera» im Westjordanland

Eigentlich ist die Palästinensische Autonomiebehörde für die Verwaltung des Westjordanlands zuständig. Doch die israelische Armee stürmte am 22. September das «Al-Jazeera»-Büro in Ramallah und schloss es «vorübergehend». Sie wirft dem Sender «Aufstachelung zum Terror» vor. Mit seinem Programm gefährde der Sender «die Sicherheit und öffentliche Ordnung sowohl in dem Gebiet als auch im Staat Israel insgesamt», meinte ein Armeesprecher.

In Israel darf der katarische Sender «Al Jazeera» schon seit Monaten nicht mehr arbeiten. Der Sender informiert regelmässig über die Zahlen der Getöteten und Verwundeten in Gaza und ist eine der wenigen TV-Stationen, welche noch eigene und unabhängig arbeitende Reporter in diesem Kriegsgebiet hat. Es kommen viele Betroffene und Verletzte aus der Zivilbevölkerung zu Wort.

Einen Beleg dafür, dass «Al-Jazeera» zum Terror aufgestachelt habe, lieferte bisher weder die israelische Armee noch die israelische Regierung.

Lieber Freund Billy Meier,

Genau wie ich selbst denke. Meinst du nicht auch, dass ein Mensch, der Selbstmord durch eigene Hand, oder Beihilfe zum Selbstmord begeht, **ein echter Feigling und Angsthase ist?**

Lies diesen Nachrichtenbericht über diesen üblen Suizidkapselmechanismus für Selbstmorde zu begehen. Zwei Bilder **des Geräts** findest du hier beigelegt. **Wer**, frage ich mich, war der **schwachsinnige Schweinehund**, der diesen böse Apparat erfunden hat?

Sterbehilfe: 64-jährige US-Bürgerin begeht Selbstmord in umstrittener Sarco-Suizidkapsel.

24 Sep. 2024 16:53 Uhr

Am Montag ist in der Schweiz eine Frau in einer mit Stickstoff gefüllten «Suizidkapsel» gestorben. Diese Kapsel, eine luftdichte Kammer in der Grösse eines Sargs, wurde erstmalig verwendet. Laut ihren Erfindern garantiert sie einen «schnellen, friedlichen und zuverlässigen Tod» – ohne Arzt oder Medikamente.

1. **Ablauf des Prozesses:** Die Person in der Kapsel aktiviert den Prozess **selbstständig**, indem sie **einen Knopf drückt. Sobald der Stickstoff einströmt und der Sauerstoffgehalt fällt, verliert die Person innerhalb weniger Sekunden das Bewusstsein.** Da Stickstoff keinen Erstickungsreflex auslöst, verläuft der Tod friedlich und schmerzlos. **Nach etwa fünf bis zehn Minuten tritt der Tod durch Sauerstoffmangel ein.**

Klick hier:

<https://de.rt.com/schweiz/220309-sterbehilfetourismus-64-jaehrige-amerikanerin-begeht/>





Liebe Grüsse von
José Barreto Silva,
Brasilien

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

«Man muss von einem «Zuhälterstaat» sprechen»

Staaten profitieren, wenn sie Prostitution nicht verbieten, heisst es in einem Uno-Bericht. Solche Staaten fördern die Ausbeutung.

Barbara Marti / 27.09.2024



Prostitution ist ein System der Ausbeutung und eine besondere Form männlicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sagt Uno-Sonderberichterstatterin Reem Alsalem.

© stuttgart-sagt-stopp.de

Die **Schweiz, Deutschland** und **Österreich** seien «Zuhälterstaaten», weil sie von den Steuereinnahmen aus der Prostitution finanziell profitieren, heisst es im Bericht von Reem Alsalem, Uno-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

«Zuhälterstaat»

Diese Staaten haben kein Interesse, Prostitution als Gewalt gegen Frauen zu betrachten und zu verbieten. Vielmehr schaffen und fördern sie laut Alsalem Bedingungen, die das Risiko erhöhen, dass Frauen und Mädchen in die Prostitution geraten, dort gefangen bleiben und nicht mehr aussteigen können. «Es ist angebracht, von einem «Zuhälterstaat» zu sprechen – einem Staat, der die Prostitution reglementiert und legitimiert, um so die Industrie zu fördern und die ihr innewohnende Ausbeutung unsichtbar zu machen.»

Staat profitiert finanziell

«Zuhälterstaaten» wie die Schweiz, Deutschland und Österreich würden profitieren, weil Prostituierte, Zuhälter und Bordelle Steuern und Gebühren zahlen. In der Schweiz werden die jährlichen Einnahmen aus der Prostitutionsindustrie auf 3,2 Milliarden Franken geschätzt, heisst es im Bericht. «Die Legalisierung der Prostitution erhöht die Nachfrage, fördert die Gewalt gegen Frauen und Mädchen und schwächt die Instrumente, die die Strafverfolgungsbehörden benötigen, um Gewalttäter zu überwachen, ins Visier zu nehmen und strafrechtlich zu verfolgen, einschliesslich der Menschenhändler und anderer Drittausbeuter.»

Regulierung verfehlt ihr Ziel

Für «Zuhälterstaaten» spielt das Verhalten der Käufer von Frauenkörpern keine Rolle, kritisiert Alsalem. Stattdessen registriert und kontrolliert der Staat die Prostituierten. Frauen, die sich nicht an Vorschriften wie Gesundheitskontrollen, Abgaben und Verträge halten, werden bestraft. «Die angebliche Absicht, Frauen in der Prostitution zu entstigmatisieren, «Arbeitsplätze» mit sozialer Sicherheit zu schaffen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern, die Gewalt zu reduzieren und kriminelle Netzwerke einzudämmen, wurden mit diesem Ansatz nicht erreicht», heisst es im Bericht. In Deutschland beispielsweise seien von den schätzungsweise 250'000 Frauen in der Prostitution bis Ende 2022 nur rund 28'000 bei den Behörden registriert gewesen. Und nur 50 von ihnen hätten einen offiziellen Arbeitsvertrag gehabt.

Konsequenzen für alle Frauen

Laut Alsalem ist Prostitution ein System der Ausbeutung und eine besondere Form männlicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dabei handle es sich um körperliche, seelische und wirtschaftliche Gewalt. Frauen in der Prostitution werde ein Ausmass an Gewalt zugefügt, das man niemals akzeptieren dürfe, heisst es im Bericht. Eine angebliche «Zustimmung» könne kein freier Entscheid sein, wenn es Frauen an wirtschaftlicher, sozialer, körperlicher und seelischer Sicherheit und echten Alternativen fehle. Das vermeintliche Recht von Männern, Frauenkörper zu kaufen, mache Frauen zu Warenobjekten, die einen Preis haben. Das habe Konsequenzen für alle Frauen. Die Prostitutionsindustrie schaffe ein System der Gewalt, das auf der Unterordnung von Frauen und Mädchen beruht. Dieses System fördere die männliche Vorherrschaft über Frauen und zementiere patriarchale Geschlechterrollen.

Alsalem fordert ein Verbot nach nordischem Vorbild: Staaten sollen Prostituierte entkriminalisieren, Ausstiegshilfen für Betroffene schaffen und den Kauf von Frauenkörpern bestrafen. Auch Zuhälter sollen bestraft werden.

Lawrow kritisiert US-Einmischung: «Ziele in Vietnam, Afghanistan und Irak nicht erreicht.»

uncut-news.ch, September 25, 2024



DIP des russischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten
(Fotograf Eduard Pesov) via Wikimedia

Sergei Lawrow:

«Was die Lücke betrifft, die die USA hinterlassen haben, schauen wir auf die letzten 50 bis 70 Jahre, in denen die USA laut und stolz viele Ziele gesetzt haben.

Das Wichtigste ist die Einführung der Demokratie in verschiedenen Regionen der Welt.

Nehmen wir Vietnam. Welche Ziele wurden verkündet? Und welche wurden erreicht?

Hunderttausende Zivilisten wurden getötet, verbotene Waffen eingesetzt. Keines der Ziele wurde erreicht. Sie stiegen in ihre Hubschrauber und flohen.

Sie haben noch mehr Zeit (20 Jahre) in Afghanistan verbracht.

Sie unternahmen nichts, um die Wirtschaft des Landes zu entwickeln.

Sie brüsteten sich damit, die terroristische Bedrohung unter Kontrolle gebracht zu haben. Am Ende sind sie geflohen. Wir alle haben das Video gesehen, in dem ein Flugzeug die Afghanen, die mit ihnen fliehen wollten, fast zerquetscht hat.

Sie haben alle, die mit ihnen kollaboriert haben, ihrem Schicksal überlassen – Tausende und Abertausende von Menschen.

Oder nehmen wir den Irak. Was haben die Amerikaner im Irak erreicht? Jetzt sollen sie das Land verlassen. Seit mehr als zwei Jahren sagen die irakische Regierung und das irakische Parlament, dass sie die Amerikaner nicht mehr benötigen.

Aber die Amerikaner wollen nicht gehen. Was wollen sie?

Syrien. Und was haben sie in Syrien erreicht?

Was sich zwischen Palästina und Israel abspielt, ist schockierend. Experten können sich kaum an eine solche Tragödie oder humanitäre Katastrophe erinnern.

Bald ist es ein Jahr her.

Vor einigen Monaten wurden im Westen Statistiken veröffentlicht, die zeigten, dass in den zehn Monaten seit Beginn der israelischen Operation zwanzigmal mehr palästinensische Zivilisten getötet wurden als in den zehn Jahren des Krieges im Donbass nach dem Staatsstreich von 2014.

Im Donbass wurden beide Seiten gezählt: die Menschen, die im Donbass leben und die, die in dem vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiet geblieben sind.

In zehn Monaten starben zwanzigmal mehr Menschen als in zehn Jahren.

Der Terroranschlag vom 7. Oktober war ungeheuerlich. Jeder vernünftige Mensch verurteilt ihn.

Aber es ist inakzeptabel, auf ein Verbrechen mit einem anderen Verbrechen zu antworten, insbesondere mit der verbotenen Methode der Kollektivbestrafung von Zivilisten.

Sie haben das Vakuum erwähnt, als Sie über die US-Politik in der Region sprachen.

Als sich der Terroranschlag am 7. Oktober ereignete und Israel seine brutale Operation begann, sagte UN-Generalsekretär Antonio Guterres in seiner Rede vor der Generalversammlung, dass er den Terroranschlag verurteile, dass er aber nicht in einem Vakuum stattfindet.

Er verwies darauf, dass die UN-Beschlüsse zur Gründung eines palästinensischen Staates seit Jahrzehnten nicht umgesetzt worden seien. Von den Gebieten, die den palästinensischen Staat bilden sollten, sei fast nichts mehr übrig.

Sehen Sie sich die Reaktion der israelischen Führung an, als Herr Guterres sagte, der Terroranschlag sei nicht im luftleeren Raum geschehen.

Der damalige ständige Vertreter Israels bei den Vereinten Nationen in New York bekam einen Wutanfall. Er forderte Guterres auf, sein Amt niederzulegen.

Straffreiheit ist eine schädliche Eigenschaft.

Wir haben unseren israelischen Kollegen oft gesagt, dass die Sowjetunion, unser Land, mehr als jedes andere in diesem Land getan hat, um die Juden zu retten und die Täter des Holocaust zu besiegen.

Im Holocaust sind nicht nur Juden umgekommen, sondern auch viele Russen, Weissrussen, Ukrainer, Kasachen und andere Völker, die auf dem Gebiet des heutigen Russlands oder auf dem Gebiet der Sowjetunion gelebt haben.

Wenn einige Politiker ihr Handeln damit rechtfertigen, dass sie – das jüdische Volk – Opfer des Holocaust gewesen seien und ihnen deshalb vergeben werden könne, so ist dies eine beunruhigende Entwicklung.

Es ist ein Zeichen des Exzeptionalismus, der für Hitlers Deutschland und seine Ideologie charakteristisch war.

Ich habe viele Freunde in Israel.

Die grosse Mehrheit von ihnen ist sich bewusst, dass die Frage eines palästinensischen Staates gelöst werden muss und die Unterdrückung der natürlichen Rechte des palästinensischen Volkes inakzeptabel ist.»

*Auszug aus den Bemerkungen des russischen Aussenministers Sergej Lawrow während eines Interviews mit Sky News Arabia, 20. September 2024.

Quelle: Aussenministerium der Russischen Föderation

Quelle: <https://uncutnews.ch/lawrow-kritisiert-us-einmischung-ziele-in-vietnam-afghanistan-und-irak-nicht-erreicht/>



Ein Artikel von: Redaktion, 27. September 2024 um 9:00

Am 24. September hat der jordanische König in New York eine Rede zum Konflikt um Palästina gehalten. Er blickte zurück auf ein Vierteljahrhundert der von ihm miterlebten UN-Vollversammlungen. «... kann mich nicht an eine Zeit erinnern, die gefährlicher war als diese. ... Unsere Vereinten Nationen stehen vor einer Krise, die ihre Legitimität infrage stellt und das globale Vertrauen und die moralische Autorität zu zerstören droht.» Die gesamte Rede finden Sie hier und auf den NachDenkSeiten in deutscher Übersetzung. Lesenswert. Bitte weitergeben. Albrecht Müller.

Ansprache Seiner Majestät König Abdullah II. auf der 79. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. September 2024

Im Lauf des letzten Vierteljahrhunderts habe ich an diesem Rednerpult gestanden, inmitten regionaler Konflikte, globaler Umwälzungen und humanitärer Krisen, die unsere Weltgemeinschaft auf eine harte Probe gestellt haben.

Es scheint, als hätte es keinen Moment gegeben, in dem unsere Welt nicht in Aufruhr war. Und doch kann ich mich nicht an eine Zeit erinnern, die gefährlicher war als diese.

Unsere Vereinten Nationen stehen vor einer Krise, die ihre Legitimität infrage stellt und das globale Vertrauen und die moralische Autorität zu zerstören droht.

Die UNO wird angegriffen – im wörtlichen und im übertragenen Sinne.

Seit fast einem Jahr ist die himmelblaue Flagge, die über UN-Unterkünften und -Schulen in Gaza weht, machtlos, unschuldige Zivilisten vor israelischen Militärbombardierungen zu schützen.

UN-Hilfslastwagen stehen nur wenige Kilometer von hungernden Palästinensern entfernt regungslos da. Humanitäre Helfer, die stolz das Emblem dieser Institution tragen, werden herabgewürdigt und ins Visier genommen. Und die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen werden missachtet, seine Stellungnahmen werden ignoriert.

Es ist also keine Überraschung, dass sowohl innerhalb als auch ausserhalb dieses Saals das Vertrauen in die Grundprinzipien und Ideale der UNO bröckelt.

Die harte Realität, die viele sehen, ist, dass einige Nationen über dem Völkerrecht stehen, dass sich die globale Gerechtigkeit dem Willen der Macht beugt und dass die Menschenrechte selektiv sind; ein Privileg, das nach Belieben gewährt oder verweigert werden kann.

Das können wir nicht hinnehmen und wir müssen erkennen, dass die Untergrabung unserer internationalen Institutionen und globalen Rahmenbedingungen eine der grössten Bedrohungen für unsere globale Sicherheit darstellt.

Fragen Sie sich selbst: Wenn wir nicht als Nationen in der Überzeugung vereint sind, dass alle Menschen die gleichen Rechte, die gleiche Würde und den gleichen Wert haben und dass alle Länder vor dem Gesetz gleich sind, was für eine Welt bleibt uns dann?

Exzellenzen,

die Angriffe auf israelische Zivilisten am 7. Oktober letzten Jahres wurden von Ländern auf der ganzen Welt verurteilt, auch von Jordanien, aber das beispiellose Ausmass des Terrors, das seit diesem Tag in Gaza herrscht, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Der Angriff der israelischen Regierung hat zu einer der höchsten Sterberaten in den jüngsten Konflikten, einer der höchsten durch Krieg verursachten Hungerraten, der grössten Zahl an amputierten Kindern und einem beispiellosen Ausmass an Zerstörung geführt.

Diese israelische Regierung hat mehr Kinder, mehr Journalisten, mehr Helfer und mehr medizinisches Personal getötet als in jedem anderen Krieg in jüngerer Zeit.

Und vergessen wir nicht die Angriffe im Westjordanland. Dort hat die israelische Regierung seit dem 7. Oktober mehr als 700 Palästinenser getötet, darunter 160 Kinder. In israelischen Haftanstalten befinden sich über 10'700 Palästinenser, darunter 400 Frauen und 730 Kinder – 730 Kinder. Über 4000 Palästinenser wurden aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben. Die Gewalt durch bewaffnete Siedler hat zugenommen. Ganze Dörfer wurden vertrieben.

Und in Jerusalem gehen die eklatanten Verstösse gegen den historischen und rechtlichen Status quo an muslimischen und christlichen heiligen Stätten unvermindert weiter, unter dem Schutz und der Ermutigung von Mitgliedern der israelischen Regierung.

Um es klar zu sagen: Dies geschieht im Westjordanland, nicht im Gazastreifen. Seit dem 7. Oktober wurden fast 42'000 Palästinenser getötet. Ist es da ein Wunder, dass viele fragen, wie dieser Krieg nicht als absichtlicher Angriff auf die Palästinenser wahrgenommen werden kann? Das Leid der Zivilbevölkerung kann nicht als unvermeidbare Begleiterscheinung abgetan werden.

Ich bin als Soldat in einer Region aufgewachsen, die mit Konflikten nur allzu vertraut ist. Aber an diesem Krieg und der seit dem 7. Oktober entfesselten Gewalt ist nichts Vertrautes.

In Ermangelung einer globalen Rechenschaftspflicht werden wiederholte Gräueltaten normalisiert und drohen eine Zukunft zu schaffen, in der überall auf der Welt alles erlaubt ist. Ist es das, was wir wollen?

Jetzt ist es an der Zeit, den Schutz des palästinensischen Volkes zu gewährleisten. Es ist die moralische Pflicht dieser internationalen Gemeinschaft, einen Schutzmechanismus für sie in den besetzten Gebieten einzurichten. Dies wird die Sicherheit von Palästinensern und Israelis vor Extremisten gewährleisten, die unsere Region an den Rand eines totalen Krieges bringen. Das gilt auch für diejenigen, die weiterhin die Idee von Jordanien als alternativer Heimat propagieren. Lassen Sie mich das ganz deutlich sagen: Das wird niemals geschehen. Wir werden die Zwangsumsiedlung von Palästinensern, die ein Kriegsverbrechen darstellt, niemals akzeptieren. Kein Land in der Region profitiert von einer Eskalation. Das haben wir in den letzten Tagen bei den gefährlichen Entwicklungen im Libanon deutlich gesehen. Das muss aufhören.

Seit Jahren streckt die arabische Welt Israel durch die Arabische Friedensinitiative die Hand entgegen und bietet im Austausch für Frieden volle Anerkennung und Normalisierung an. Doch die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen, ermutigt durch jahrelange Straflosigkeit, haben den Frieden abgelehnt und sich stattdessen für die Konfrontation entschieden.

Straflosigkeit gewinnt an Kraft. Wenn sie nicht kontrolliert wird, gewinnt sie an Dynamik.

Die Palästinenser haben mehr als 57 Jahre Besatzung und Unterdrückung ertragen. In dieser Zeit wurde der israelischen Regierung erlaubt, eine rote Linie nach der anderen zu überschreiten. Doch nun wird die jahrzehntelange Straflosigkeit Israels zu seinem schlimmsten Feind. Und die Folgen sind überall zu spüren. Die israelische Regierung wurde vor dem Internationalen Gerichtshof des Völkermords beschuldigt. Überall auf der Welt wird Empörung über ihr Verhalten laut. In Städten überall finden Massenproteste statt, und der Ruf nach Sanktionen wird immer lauter.

Die internationale Frustration über Israel hat schon lange zugenommen, aber sie war noch nie so offensichtlich. Jahrzehntlang hat sich Israel als blühende Demokratie im Nahen Osten nach westlichem Vorbild dargestellt. Doch die Brutalität des Krieges gegen Gaza hat die Welt gezwungen, genauer hinzuschauen. Jetzt sehen viele Israel mit den Augen seiner Opfer. Und der Widerspruch, das Paradoxon, ist zu schockierend.

Das moderne, fortschrittliche Israel, das aus der Feme bewundert wird, und das Israel, das die Palästinenser aus erster Hand erlebt haben, können einfach nicht nebeneinander existieren. Israel wird sich letztendlich entweder für das eine oder das andere entscheiden.

Das ist die Entscheidung, die seine Führung und sein Volk treffen müssen. Nach den demokratischen Werten der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle zu leben oder eine weitere Isolation und Ablehnung zu riskieren.

Immer wieder haben wir beobachtet, wie Israel versucht hat, Sicherheit durch militärische Mittel zu erreichen. Auf jede Eskalation folgt eine Pause, bis zur nächsten, tödlicheren.

Und seit Jahren geht die Weltgemeinschaft den Weg des geringsten Widerstands – sie akzeptiert den Status quo der anhaltenden militärischen Besatzung der Palästinenser und gibt gleichzeitig Lippenbekenntnisse zur Zweistaatenlösung ab.

Aber es war noch nie so offensichtlich, dass der derzeitige Status quo unhaltbar ist. Und wie das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vor zwei Monaten unterstrich, ist er eindeutig illegal.

Das Gutachten des Gerichtshofs ist für uns alle ein moralischer Imperativ. Die darin enthaltene Verpflichtung dürfen unsere Nationen nicht ignorieren – um unserer Welt willen und für die Zukunft der Palästinenser und Israelis gleichermassen. Denn beide Völker verdienen es, ihr Leben in Würde, frei von Gewalt und Angst zu leben. Und der einzige Weg, dies zu erreichen, ist ein gerechter Frieden, der auf internationalem Recht, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung beruht. Das ist etwas, worin wir uns als Nationen und Menschen überall vereinen können und müssen.

Exzellenzen,

die Welt schaut zu, und die Geschichte wird uns nach dem Mut beurteilen, den wir zeigen. Und nicht nur die Zukunft wird uns zur Rechenschaft ziehen, sondern auch die Menschen im Hier und Jetzt.

Sie werden beurteilen, ob wir als Vereinte Nationen der Untätigkeit nachgeben oder für die Wahrung der Grundsätze kämpfen werden, die diese Institution und unsere Welt verankern.

Im Moment fragen sie sich, ob wir tatenlos zusehen werden, wie Eltern mit ansehen müssen, wie ihre Kinder dahinsiechen, wie Ärzte mit ansehen müssen, wie ihre Patienten aufgrund fehlender medizinischer Grundversorgung sterben, und wie noch mehr unschuldige Menschen ihr Leben verlieren, weil die Welt nicht handelt. Dieser Krieg muss enden. Geiseln und Gefangene müssen nach Hause zurückkehren. Aber jeder Tag, den wir warten, ist für viel zu viele Menschen ein Tag zu viel.

Daher rufe ich alle Länder auf; sich Jordanien anzuschliessen und ein internationales «Gaza Humanitarian Gateway» zu errichten – eine massive Hilfsaktion, um Lebensmittel, sauberes Wasser, Medikamente und andere lebenswichtige Güter an die Bedürftigen zu liefern. Denn humanitäre Hilfe sollte niemals ein Werkzeug des Krieges sein.

Unabhängig von unserer politischen Einstellung ist eine Wahrheit unbestreitbar: Kein Volk sollte ein solches beispielloses Leid ertragen müssen, verlassen und allein. Wir dürfen die Zukunft nicht denen überlassen, die von Spaltung und Konflikten profitieren.

Ich fordere alle Nationen mit Gewissen auf, sich in den kommenden kritischen Wochen dieser Mission mit Jordanien zu vereinen.

Fast ein Jahr nach Beginn dieses Krieges hat unsere Welt politisch versagt, aber unsere Menschlichkeit darf die Menschen in Gaza nicht länger im Stich lassen.

Ich wiederhole die Worte meines Vaters von vor 64 Jahren auf der 15. Sitzung der Generalversammlung und bete, dass diese Gemeinschaft von Nationen den Mut haben möge, weise und furchtlos zu entscheiden, und mit der dringenden Entschlossenheit handeln wird, die diese Krise und unser Gewissen erfordern.

Mein Vater war ein Mann, der bis zum Schluss für den Frieden gekämpft hat. Und wie er weigere auch ich mich, meinen Kindern oder Ihren Kindern eine Zukunft zu hinterlassen, die wir aufgegeben haben.

Vielen Dank.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=122072>

Washingtons Ukraine-Obsession wird uns alle umbringen!

Ron Paul, September 25, 2024

Ron Paul
WEEKLY COLUMN



Letzte Woche entging die Welt nur knapp einer wahrscheinlichen nuklearen Zerstörung, als die Biden-Administration den Antrag der Ukraine prüfte, US-Raketen zu erlauben, tief in russisches Gebiet einzuschlagen. Der russische Präsident Wladimir Putin warnte während der Prüfung des Antrags, dass sich Russland im Falle eines Starts dieser Raketen im Kriegszustand mit der NATO und den USA befände, da diese Raketen nicht ohne die aktive Beteiligung des US-Militärs und der NATO gestartet werden könnten. Es war eine Kubakrise grossen Ausmasses.

Glücklicherweise wurde Berichten zufolge von Washington keine Erlaubnis erteilt, tief im Inneren Russlands zuzuschlagen, aber wie wir im Laufe dieses Krieges gesehen haben, wird ein Waffensystem oft zuerst verweigert und dann schliesslich den Stellvertretern Washingtons in Kiew gewährt. Wir sollten uns nicht beruhigen, auch wenn ein Atomkrieg vorübergehend abgewendet wurde.

Würden Raketenangriffe tief in Russland den Krieg für die Ukraine gewinnen? Nicht einmal das Pentagon glaubt das. Selbst US-Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte Anfang des Monats, dass die Erlaubnis für

die Ukraine, Raketen auf Russland abzuschiessen, in dem seit zweieinhalb Jahren andauernden Krieg keinen «Game-Changer» darstellen würde.

Das Risiko der nuklearen Zerstörung ohne greifbares Ziel? Sind diese Leute wahnsinnig geworden? Selbst die «Spielveränderer» haben an diesem Krieg wenig geändert. Wie oft haben uns die kriegsbefürwortenden Mainstream-Medien erzählt, dass ein Waffensystem für die Ukraine eine «Wende» bedeuten würde? Erinnern Sie sich an die Javelin-Raketen? Leopard-Panzer? HIMARS? Und da jedes dieser Systeme das Blatt zu Gunsten der Ukraine wendet, fordern die Neocons und ihre Freunde in den Medien nur noch mehr. Tatsache ist, dass Russland den Krieg trotz Hunderter von Milliarden Dollar und der besten Waffensysteme der USA und der NATO-Länder gewinnt. Jede neue Lieferung von immer ausgefeilteren Waffen führt nicht zu einem Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld. Sie führt nur zu mehr toten ukrainischen Soldaten und mehr Profit für die Waffenhersteller.

Sogar die Mainstream-Medien – die den Krieg in der Ukraine massiv unterstützt haben – haben begonnen, über die enormen Verluste und die hoffnungslose Lage der Ukraine zu berichten. Doch während immer mehr Menschen über den katastrophalen Stellvertreterkrieg aufwachen, kennt Washington nur eine Richtung, wenn es um Krieg geht: Vorwärts. Vor etwas mehr als einer Woche kündigte das Pentagon ein weiteres Waffenpaket im Wert von 250 Millionen Dollar für die Ukraine an. Niemand glaubt, dass dies die stetigen Zugewinne Russlands auf dem Schlachtfeld rückgängig machen wird, aber es wird den US-Waffenherstellern, die die eigentliche Kraft hinter unserer hyper-interventionistischen Aussenpolitik sind, weitere Gewinne beschern.

Das ungleiche Duo Robert F. Kennedy jr. und Donald Trump jr. hat es in einem kürzlich erschienenen Leitartikel in «The Hill» am besten ausgedrückt: «Näher an den Abgrund können wir nicht mehr kommen. Und wozu? Um «Russland zu schwächen»? Um die Mineralien der Ukraine zu kontrollieren? Kein lebenswichtiges amerikanisches Interesse steht auf dem Spiel. Einen nuklearen Konflikt zu riskieren, um der neokonservativen Fantasie einer globalen «Vollspektrumsdominanz» willen, ist Wahnsinn.»

Sie haben Recht, es ist Wahnsinn, die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder und Enkelkinder für Kriege zu riskieren, die nichts mit uns zu tun haben und keinem nationalen Interesse der Vereinigten Staaten dienen. Das gilt mit Sicherheit für den Krieg in der Ukraine, und es gilt auch für die Kriege, die die USA im Nahen Osten unterstützen. Wann wird der Wahnsinn enden? Wenn die Menschen ihre Stimme erheben und einen Wandel fordern.

Quelle: Washington's Ukraine Obsession is Going to Get Us All Killed!

Übersetzung: antikrieg

Quelle: <https://uncutnews.ch/washingtons-ukraine-obsession-wird-uns-alle-umbringen/>



Ein Artikel von Karin Leukefeld, 25. September 2024 um 9:00

Die diesjährige UN-Generalversammlung in New York ist seit Sonntag Bühne für Staatschefs aus aller Welt. Auf einem «Zukunftsgipfel» werden Sonntagsreden darüber gehalten, was die Vereinten Nationen tun müssen, um die Verpflichtungen einzuhalten, die sie im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und die Charta der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2030 eingegangen sind. Von Karin Leukefeld.

Deutschland und Namibia haben einen Pakt für die Zukunft entwickelt, der vom Plenum bereits am Sonntag angenommen wurde. UN-Generalsekretär António Guterres rief dazu auf, eine «Zukunft für unsere Enkelkinder zu schaffen».

Tatsächlich ist die «Weltgemeinschaft» weit davon entfernt, die 17 Nachhaltigkeitsziele auch nur annähernd realisieren zu können.

«Keine Armut, kein Hunger, Gesundheit und Wohlergehen und hochwertige Bildung» lauten die Ziele, die ganz am Anfang der Wunschliste stehen. Für Kriegs- und Krisengebiete auf der Welt ist das Gegenteil der Fall. Das gilt für die Bewohner des Gazastreifens und im von Israel besetzten Westjordanland. Das gilt für die Bevölkerung im Libanon und für Millionen von Flüchtlingen in Lagern. Das gilt für die Menschen, die seit mehr als 20 Jahren versuchen, den endlosen, US-geführten «Kriegen gegen den Terror» und den «vielen Arten von Krieg Israels» im Nahen und Mittleren Osten zu widerstehen.

Am vergangenen Sonntag, dem 22. September 2024, lag die Zahl der getöteten Palästinenser im Gazastreifen bei mehr als 41'421, teilte die palästinensische Gesundheitsbehörde (Gaza) mit. Mehr als 16'000 der Toten sind demnach Kinder. Mindestens 10'000 Menschen gelten als vermisst unter Trümmern. Die meisten der Toten seien Frauen und Kinder, sagte der UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk im August. Seitdem ist die Zahl der Toten täglich gestiegen.

Am 10. Juni 2024 hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2735 verabschiedet, die einen Waffenstillstand in Gaza anordnete.

Der Resolutionstext basierte auf einem von den USA eingereichten Textvorschlag, weswegen die USA zustimmte. Bis dahin hatten die USA jede Resolution für einen Waffenstillstand mit ihrem Veto verhindert. Vorgesehen war ein Drei-Phasen-Plan, wie die Hamas ihn über Vermittler bereits Anfang des Jahres vorgelegt hatte. Die Hamas stimmte also zu, doch der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gab den israelischen Unterhändlern immer neue Vorbedingungen mit. Schliesslich wurde auch dem Letzten klar, dass er an einem Waffenstillstand und an dem Abzug der israelischen Armee aus dem palästinensischen Gazastreifen nicht interessiert war. Gegenüber den Angehörigen der Geiseln liess er erklären, dass er den Krieg gegen Gaza nicht beenden werde, um die Geiseln zu befreien.

Am 18. Juli verabschiedete das israelische Parlament (Knesset) eine Resolution, mit der die Zweistaatenlösung abgelehnt wurde.

Am 19. Juli gab der Internationale Gerichtshof in Den Haag das Ergebnis seiner jahrelangen Begutachtung bekannt, wonach die Besatzung palästinensischer Gebiete unrechtmässig sei und gegen internationales Recht verstosse. Israel müsse die Besatzung «so schnell wie möglich beenden».

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte daraufhin, die «israelischen Siedlungen in allen Gebieten unseres Heimatlandes ... sind rechtmässig. Das jüdische Volk ist kein Eroberer in seinem eigenen Land.»

Am 18. September 2024 befasste sich die UN-Vollversammlung mit einer Resolution, die den Gutachter-spruch des Internationalen Gerichtshofes vom 19. Juli 2024 stärken sollte. Gefordert wurde, dass Israel innerhalb von zwölf Monaten und ohne Verzögerungen «seine unrechtmässige Anwesenheit in den besetzten palästinensischen Gebieten beenden» müsse. Israel müsse seine Armee zurückziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten einstellen, alle Siedler aus dem besetzten Land abtransportieren und Teile der Mauer, die innerhalb des Westjordanlandes errichtet worden war, abbauen. Land und anderes nicht bewegliches Eigentum müsse (an die Palästinenser) zurückgegeben werden, das Gleiche gelte für Kulturgut. Die vertriebenen Palästinenser müssten zurückkehren können oder entschädigt werden. Ausdrücklich bezog sich die Erklärung auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes. Die Generalversammlung nahm die Resolution mit 124 Stimmen an. 14 Staaten votierten dagegen und 43 Staaten enthielten sich, darunter Deutschland.

Niemand ist mehr sicher

Fast zeitgleich explodierten im Libanon und in Syrien Tausende Personenrufgeräte, sogenannte «Pager», in den Händen oder Taschen ihrer Benutzer. In Syrien war die Zahl der Verletzten gering, doch im Libanon wurden 12 Personen getötet und 2800 Menschen teilweise lebensgefährlich verletzt.

Bei einer zweiten Explosionswelle am folgenden Tag explodierten zeitgleich Hunderte Walkie-Talkies und Funkgeräte. 20 Personen wurden getötet, mehr als 600 Menschen wurden teilweise lebensgefährlich verletzt. Die Geräte explodierten auf Balkonen, Küchentischen und in Autos und lösten Brände aus. Die Zahl der Toten beider Angriffe stieg auf 39, mehr als 3000 Menschen wurden teilweise lebensgefährlich verletzt. Da es sich um Gegenstände handelt, die im Alltag von Rettungsdiensten, in Hotels, an Flughäfen und in grossen Unternehmen, aber auch von der libanesischen Hisbollah genutzt werden, um das Abhören und Überwachen von Mobiltelefonen durch Israel zu vermeiden, hielten die Benutzer die Geräte in den Händen oder transportierten sie in Taschen. Verletzungen gab es im Gesicht, an den Augen, den Händen, Fingern und am Bauch. Ärzte berichteten, sie hätten noch nie so grauenhafte Verletzungen gesehen.

Im Libanon machte man den israelischen Geheimdienst Mossad verantwortlich. Die US-Administration erklärte, nichts gewusst zu haben. Die «New York Times» lieferte – hinter einer Bezahlwand – eine Geschichte, die um die Welt ging.

Danach soll der Mossad eine komplette Produktionskette aufgebaut haben. Mit eigener Firma als Subunternehmen der taiwanesischen Firma Gold Apollo habe der Mossad den kompletten Auftrag abgewickelt. Bei Gold Apollo in Taiwan hatte die Hisbollah 5000 Personenrufgeräte (Pager) bestellt, daher ist naheliegend, dass der Mossad den Angriff geplant, vorbereitet und durchgeführt hat. Die NYT-Geschichte kursiert inzwischen international und auch in deutschen Medien mit Varianten.

Libanon forderte eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates, die auf Antrag Algeriens, einem nicht-ständigen Mitglied im UNSR, für Freitag, den 20. September (New York, Ortszeit) einberufen wurde.

Der UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk nannte die Angriffe eine «neue Entwicklung der Kriegsführung. Kommunikationsgeräte werden Waffen». Zeitgleich Tausende von Menschen durch die manipulierten Geräte anzugreifen, ohne zu wissen, wer das jeweilige Gerät benutze, sei ein Verstoß gegen das internationale humanitäre Recht. Die «tragische Situation» dürfe nicht isoliert gesehen werden, denn sie hänge direkt mit dem Krieg in Gaza und der anhaltenden israelischen Besatzung von palästinensischem Territorium zusammen.

Der libanesische Aussenminister Abdallah Bou Habib sagte, nach «diesen abgründigen» elektronischen Angriffen sei «niemand mehr sicher in dieser Welt». Sollte der Sicherheitsrat diesen «Terrorangriff» nicht als solchen benennen und den Verursacher verurteilen, stehe die Glaubwürdigkeit des Gremiums auf dem Spiel. «Wenn man so ein Vorgehen akzeptiert, öffnet man die Büchse der Pandora», sagte Bou Habib. Staaten und extremistische Gruppen werden dem Beispiel folgen und Zivilisten in aller Welt mit tödlicher Technologie angreifen. Seit 1948 habe Israel keine UN-Sicherheitsratsresolution eingehalten, so sei aus dem Land ein «Schurkenstaat» geworden, der den ganzen Mittleren Osten mit Krieg überziehen werde. Er forderte den Sicherheitsrat auf, Israel zu verurteilen, das die Souveränität des Libanon verletzt habe. Der syrische Botschafter bei den Vereinten Nationen betonte, dass die Staaten, die Israel unterstützten, volle Verantwortung für dessen Aggression trügen. Die brutalen israelischen Angriffe seien für die arabischen Länder nicht neu. Neu sei allerdings die Manipulation von modernen technischen Geräten, die den Menschen nutzen sollten, in tickende Zeitbomben.

Der israelische UN-Botschafter forderte den UN-Sicherheitsrat auf, Hisbollah und die iranischen Revolutionsgarden zu «Terrororganisationen» zu erklären. Dem libanesischen Aussenminister warf er vor, einer «Terrororganisation erlaubt zu haben, einen Staat innerhalb des Libanon» gegründet zu haben. Israel werde sich verteidigen und nicht zulassen, dass «die Hisbollah libanesisches Territorium als Abschussrampe für Gewalt» benutzt. Die US-Vertretung stellte sich hinter Israel, das sich gegen die täglichen Angriffe verteidigen müsse. Malta forderte eine Untersuchung. Die Schweiz erinnerte an Verhandlungen. Russland regte ein internationales Gesetz gegen die Nutzung von Alltagsgegenständen als Waffen an. China forderte wie auch der Iran eine Verurteilung Israels. (Quelle: press.un.org)

Eine Entscheidung gab es nicht. Am Abend des gleichen Tages (20. September 2024, Beirut Ortszeit) bombardierte die israelische Luftwaffe ein Wohnhaus im dicht bewohnten Süden von Beirut mit vier Raketen und brachte das Haus zum Einsturz. Dutzende Menschen wurden verschüttet. 15 Angehörige der Hisbollah wurden tot geborgen, darunter zwei hochrangige Kommandeure. Die Zahl der Toten stieg im Lauf der Bergungsarbeiten auf 51, darunter waren Frauen und Kinder. Zehn Personen werden noch vermisst. Am Wochenende flogen israelische Kampffjets teilweise im Minutentakt Angriffe auf den Süden des Libanon und feuerten nach eigenen Angaben auf Hunderte angebliche Raketenabschussrampen der Hisbollah.

Die Hisbollah reagierte am Samstag mit elf Angriffen, bei denen militärische Stellungen im Norden Israels und auf den besetzten und annektierten Golanhöhen getroffen wurden. Am frühen Sonntagmorgen wurden erstmals schwere Raketen von der Hisbollah eingesetzt. Deren Ziel war bei zwei Angriffen die israelische Luftwaffenbasis Ramat David bei Haifa. Ein dritter Angriff galt dem militärischen Rüstungskomplex der Firma Rafael, die auf die Produktion elektronischer Geräte und Ausrüstung spezialisiert ist. Die Firma liegt im Norden von Haifa (Zevulun) und sei mit Dutzenden Fadi 1, Fadi 2 und Katjusha-Raketen getroffen worden, hiess es in der dazugehörigen Hisbollah-Erklärung. Es handele sich um eine «vorläufige Antwort auf das brutale Massaker, das der Feind Israel in verschiedenen Gebieten des Libanon am Dienstag und Mittwoch (Massaker mit Pager und Funkgeräten) verübt» habe.

Warnungen und Drohungen

Mitte der Woche hatte Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, nach den israelischen Massenangriffen auf Libanesen über manipulierte Kommunikationsgeräte Israel mit Vergeltung gedroht. Die feigen Angriffe hätten die Hisbollah und Unterstützer in ihrem Alltag getroffen, nicht mit der Waffe in der Hand an der Front. Die Hisbollah sei geschwächt, werde aber gestärkt aus dem Angriff hervorgehen. Israel werde mit schärferen Reaktionen rechnen müssen. Nasrallah wandte sich direkt an Benjamin Netanjahu und an Yoav Gallant, den israelischen Verteidigungsminister, und sagte: «Die Front im Libanon wird nicht ruhig werden, bis die Aggression gegen Gaza stoppt.»

Israels Militärsprecher Daniel Hagari erklärte nun vor Journalisten, dass neben den massiven Luftangriffen auf den Südlibanon auch ein Truppeneinmarsch nicht ausgeschlossen sei. Die israelische Armee kündigte Luftangriffe auf Gebäude an, in denen die Hisbollah angeblich Waffen versteckt haben soll. Die libanesische Zivilbevölkerung wurde aufgerufen, die Gebiete umgehend zu verlassen. Beobachter bewerteten die Aussagen Hagaris als «klassisches Beispiel für psychologische Kriegsführung». Israel wende das gleiche Vorgehen im Gazastreifen und im besetzten Westjordanland an, schrieb der Journalist Zein Basravi (Amman). Die Bevölkerung solle verunsichert und das Ausland darauf hingewiesen werden, dass die politischen und militärischen Führer (Hisbollah) die Bevölkerung als «menschliche Schutzschilde» benutzten. Damit «verschlei-ere die israelische Armee ihre eigene Aggression» gegenüber der Bevölkerung, so Basravi.

Zu Beginn des offiziellen UN-Gipfels am Montag (23. September 2024) warnten zahlreiche Politiker erneut vor einem regionalen Krieg, der durch einen israelischen Krieg gegen den Libanon ausgelöst werden könne. Der ägyptische Außenminister Badr Abdelatty forderte einen Waffenstillstand in Gaza, der alle Fronten beruhigen werde.

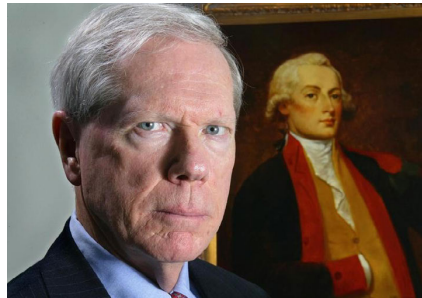
Der libanesische amtierende Ministerpräsident Najib Mikati sagte seine Reise zum UN-Gipfel in New York ab und erklärte bei einer Dringlichkeitssitzung der Regierung in Beirut, die internationale Gemeinschaft und das menschliche Gewissen müssten «eine klare Position zu den grauenhaften Massakern einnehmen», die im Libanon verübt worden seien. Internationales Recht müsse aktiviert werden, um zivile Technologie davor zu schützen, dass sie als Waffe genutzt werden könne. Alles müsse getan werden, «um die vielen Arten von Kriegen, die der Feind Israel verübe, zu stoppen», so Mikati.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat derweil seine Reise zum UN-Gipfel verschoben. Aktuell soll er statt Dienstag nun am Mittwoch nach New York reisen. Medien berichten allerdings unter Berufung auf seine Mitarbeiter, dass er vermutlich erst am Freitag in New York vor der UN-Versammlung sprechen wird. Beobachter erwarten, dass viele Staatenvertreter den Plenarsaal dann aus Protest gegen Israels Kriege verlassen werden.

Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=121848>

Alles, was Sie über den Konflikt in der Ukraine wissen müssen.

Paul Craig Roberts, September 25, 2024



Die Sowjetunion brach zusammen, als der sowjetische Präsident Gorbatschow von den Hardlinern im Politbüro unter Hausarrest gestellt wurde, die über die Schnelligkeit, mit der Gorbatschow freundliche und offene Beziehungen zum Westen aufbaute, alarmiert waren.

Für die Hardliner unter den amerikanischen Neokonservativen bedeutete der Zusammenbruch der Sowjetunion das Ende der Beschränkung des amerikanischen Unilateralismus. Die Neokonservativen ergriffen schnell die Initiative und erklärten mit der Wolfowitz-Doktrin die Hegemonie der USA zum Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik, nämlich den Aufstieg jeder Macht zu verhindern, die die Hegemonie Washingtons in Frage stellen könnte. Diese Politik führte dazu, dass die Hoffnungen von Reagan und Gorbatschow und das Vertrauen, das Gorbatschow in Washington gesetzt hatte, enttäuscht wurden. Washingtons Versprechen, die NATO nicht einen Zentimeter nach Osten zu verschieben, wurde nicht eingehalten, und es folgten weitere feindselige Schritte.

2007 wurde dem russischen Präsidenten Putin klar, dass das Versprechen einer multipolaren Welt durch eine Politik der Hegemonie Washingtons ausser Kraft gesetzt wurde. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz warf Putin den Fehdehandschuh hin und erklärte, dass Russland Washingtons regelbasierte unipolare Welt nicht akzeptieren würde. Zu diesem Zeitpunkt zogen die USA/NATO in den Krieg gegen Russland.

Der erste Angriff auf Russland erfolgte ein Jahr später im Jahr 2008, als Washington eine von den USA ausgerüstete und ausgebildete georgische Armee in das umstrittene Südossetien schickte, was zum Tod von russischen Friedenstruppen und vielen Zivilisten führte. Putin kehrte unvorbereitet von den Olympischen Spielen in Peking zurück, und die russische Armee besiegte die von den USA ausgebildeten georgischen Streitkräfte rasch. Putin wird oft vorgeworfen, er wolle das Sowjetimperium wieder aufbauen, aber er hatte Georgien in der Hand, das historisch zur Sowjetunion und zuvor zu Russland gehörte. Anstatt Geor-

gien wieder in Russland einzugliedern, liess er es frei, um es erneut Washingtons Intrigen gegen Russland auszuliefern.

Nachdem Washington in Georgien gescheitert war, wandte es seine Aufmerksamkeit der Ukraine zu, einer weiteren ehemaligen Provinz der Sowjetunion, die zuvor jahrhundertlang zu Russland gehörte. Wie Victoria Nuland auf einer im Fernsehen übertragenen Konferenz prahlte, gab Washington 5 Milliarden Dollar aus, um Nichtregierungsorganisationen, Studenten und gekaufte ukrainische Politiker zu organisieren, die einen Staatsstreich unterstützen sollten, um die demokratisch gewählte ukrainische Regierung zu stürzen und ein russlandfeindliches Neonazi-Regime zu installieren.

Aus unbekannten Gründen – ausser vielleicht der Überraschung, dass Putin bei den Olympischen Spielen in Sotschi war – unternahm Putin nichts, um Washingtons Putsch zu verhindern. Acht Jahre lang verliess sich Putin auf das Minsker Abkommen, das der Westen nutzte, um ihn zu täuschen, während Washington eine ukrainische Armee aufbaute, die in der Lage war, die Donbass-Republiken zu stürzen, die sich gegen die Verfolgung und Ermordung der russischen Bevölkerung durch die Ukraine wehrten.

Als Putins und Lawrows Bemühungen im Dezember 2021 und Februar 2022 um ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen mit den USA und der NATO von Washington, der NATO und der EU die kalte Schulter gezeigt wurde, hatte Putin keine andere Wahl, als zu intervenieren, um den Donbas, eine ehemalige russische Provinz, die von sowjetischen Führern an die Ukraine angegliedert wurde, vor einem Massaker zu schützen, wie es die Israelis im Gazastreifen und im Westjordanland betreiben.

Der Westen bezeichnete Putins «begrenzte Militäroperation», die sich auf den Donbas beschränkte, unaufrichtig als «Invasion der Ukraine». Das war sie aber nicht. Die Tatsache, dass es sich nicht um eine Invasion und Eroberung der Ukraine handelte, war Putins Fehler.

Es ist der begrenzte Charakter von Putins Intervention, der die Ursache für die mögliche Explosion des Konflikts in einen Atomkrieg ist.

Putin, eigentlich ein amerikanischer Liberaler aus der Mitte des 20. Jahrhunderts, vertraute auf diplomatische Beziehungen und guten Willen zwischen den Nationen und verstand nicht, dass sich der Westen im Krieg mit Russland befand. Er und sein Aussenminister betonten immer wieder ihre «amerikanischen Partner» und den Glauben an Verhandlungen, während der Westen seine Angriffe auf Russland organisierte.

Diese Angriffe umfassen nun auch Angriffe tief in Russland, weit entfernt von der Kampffront. Russland ist Opfer zahlreicher Angriffe von niedrig fliegenden Drohnen geworden, die sich den Luftabwehrsystemen entziehen. Während ich das hier schreibe, drängen NATO-Generalsekretär Stoltenberg und der britische Premierminister das Biden-Regime, den Abschuss von Langstreckenraketen durch die USA/NATO auf Russland zu genehmigen. Putin hat gesagt, dies sei die letzte rote Linie, die ihn dazu zwingen werde, anzuerkennen, dass sich Russland im Krieg mit dem Westen befindet.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg meint, der Westen brauche Putins Drohung nicht zu beachten, denn «Putin hat schon viele rote Linien gezogen und hat nicht eskaliert».

Wir haben den Punkt erreicht, von dem ich sagte, dass wir ihn erreichen würden. Putin steht jetzt mit dem Rücken zur Wand, weil er es versäumt hat, auf die Aggression zu reagieren. Er hat drei Möglichkeiten: Er kann kapitulieren. Er kann den Ukraine-Konflikt mit Gewalt beenden, was den Westen darauf aufmerksam macht, dass der Westen in Gefahr ist, wenn der Konflikt weitergeht, oder er kann weiterhin die Realität ignorieren und damit die Initiative in den Händen des Westens lassen, wo sie während des gesamten Konflikts geblieben ist.

Wir stehen vor der Frage, wie Putin sich verhält. Ist er ein Kämpfer oder ein veralteter amerikanischer Liberaler?

Ich gebe zu, dass diese Frage ungerecht ist. Putin ist der einzige Staatsmann, den die Welt in dieser entscheidenden Zeit hat, in der der Fortbestand der Welt in Frage steht. Putin hat eine Beleidigung nach der anderen, eine Provokation nach der anderen hingenommen, um einen Krieg zu vermeiden, der den Tod für die Menschheit bedeutet.

Niemand spricht Putin dafür Anerkennung aus.

Stoltenberg, eine Null, verhöhnt Putin. Biden, eine Niete, beleidigt ihn. Selensky, eine Null, schwört, ihn zu besiegen.

Können wir sehen, wie der Westen von Satan beherrscht wird, wenn der einzige Führer, der entschlossen ist, die menschliche Existenz zu bewahren, dämonisiert wird?

Trotz seiner ehrenwerten Eigenschaften scheitert Putin, weil er das extrem Böse, das ihm und dem Land, das er vertritt, gegenübersteht, nicht erkennen kann.

Wie der englische Botschafter Craig Murray berichtet hat, kriminalisiert die westliche Welt die Redefreiheit. Die Ermittlungen Washingtons gegen Scott Ritter, Dimitri Simes und andere deuten darauf hin, dass diejenigen, die mit Russen sprechen, wegen Beihilfe zur russischen Desinformation kriminalisiert werden, was mit Spionage gleichgesetzt wird. Wie kann die gefährliche Situation gelöst werden, wenn Gespräche verhindert werden?

Quelle: Everything You Need to Know about the Conflict in Ukraine

Quelle: <https://uncutnews.ch/alles-was-sie-ueber-den-konflikt-in-der-ukraine-wissen-muessen/>

Terror-Staat Israel Von Gaza nach Libanon

Autor: Uli Gellermann, Datum: 24.09.2024

Erneut zeigt Israel sein wahres Gesicht: Mit wahllosen Angriffen auf Zivilisten – unter ihnen auch Kinder – exerziert die israelische Armee einen «Vernichtungskrieg» im Libanon. Der israelische Premier Benjamin Netanyahu kündigte die Fortsetzung des Terrors gegen die libanesische Zivilbevölkerung bereits an: «Wir sind noch nicht fertig.» Der Vorwand für diesen Krieg sind die Raketen der Hisbollah-Miliz gegen israelisches Gebiet. Die erste Wahrheit ist: Israels Genozid gegen die Palästinenser wird auf dem Gebiet des Libanons fortgesetzt. Die zweite Wahrheit ist: Der Staat Israel ist auf einem Land errichtet worden, in dem die Araber seit Jahrhunderten lebten. Israels Anspruch auf dasselbe Land wird von den Israelis mit einem Legendenbuch namens Bibel begründet und manifestierte sich 1948 in Besetzung und Enteignung fremden Landes.

Apartheidstaat auf Kosten der Palästinenser

Seit dieser brutalen zionistischen Landnahme ist Israel eifrig bestrebt, seinen rassistischen Apartheidstaat auf Kosten der Palästinenser auszubauen. Es war Benjamin Netanyahu, der im März 2019 Klartext redete: «Israel ist nicht der Staat aller seiner Bürger, sondern allein der Nationalstaat des jüdischen Volkes.» In diesem Anspruch ist der Dauerkrieg in Israel/Palästina begründet. Dieser Krieg hat eine weitere Komponente: Die USA betrachten und benutzen Israel als ihren unsinkbaren Flugzeugträger im Nahen Osten. Israel ist der Knüppel der USA, mit dem das kriegslüsterne Imperium all jene bedroht, die ihren Machtansprüchen im Wege stehen.

Feindschaft Iran-Israel

Nachdem die Iraner in den 50er Jahren ihre Ölquellen nationalisierten und damit den Briten, einem Verbündeten der USA, den Profit aus der Ausbeutung wegnahmen und mehr als 3000 amerikanische «Militärberater» aus dem Land jagten, wurde der von den USA gewünschte Schah Reza Pahlavi zum Alleinherrscher. Für die iranische Armee und Polizei wurde Israel der wichtigste Waffen-Lieferant. Nach dem Sturz des Schah 1979 war Schluss mit den Waffen-Lieferungen. Aber der neue Iran hat die Unterstützung der Schah-Diktatur durch Israel nicht vergessen. Aus dieser Zeit rührt die Feindschaft des Irans mit den Israelis. Dass die mit dem Iran verbündeten Hisbollah-Milizen an der Seite der bedrohten Palästinenser kämpfen rührt auch aus dieser Feindschaft.

Israel Täter-Staat

Israel stellt sich als Erbe der Holocaust-Opfer dar und versucht, daraus eine moralische Legitimation für all sein Handeln zu gewinnen. Diese privilegierte Rolle führt dazu, dass die deutsche Regierung auch zur Ausweitung des israelischen Kriegs gegen die Palästinenser auf den Libanon schweigt. Doch der Staat Israel ist zu einem Täter-Staat geworden und verbreitet mit seiner Armee jenen Terror, den er angeblich bekämpft.

Israelische Angriffe gegen Beirut

Es war ausgerechnet Frau Baerbock, die im Oktober 2023 total geschichtsblind verkündete: «In diesen Tagen sind wir alle Israelis.» Solche Unterwerfungssprüche unter den Willen der mit den USA verbündeten Israelis ermuntern deren Armee: Bisher sind mehr als 500 Tote im Libanon zum Opfer der Israelis geworden. Inzwischen führt die israelische Armee Angriffe gegen die libanesische Hauptstadt Beirut. Der israelische Imperialismus weitet sich aus. Nur wer diesen Imperialismus stoppt, kann dem Frieden im Nahen Osten eine Chance geben.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/terror-staat-israel>

Selenskys Siegesplan enthält keinen Sieg und keinen Plan

Ted Snider via .theamericanconservativ, September 24, 2024



paparazza/Shutterstock

Der Entwurf, der in der Presse auftaucht, ist eine Wiederholung der alten Forderungen.

Nach der Teilnahme an der hochrangigen Woche der UN-Vollversammlung werden US-Präsident Joe Biden und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky nach Washington reisen, wo sie Selenskys Ersuchen um die Erlaubnis, westliche Langstreckenraketen einzusetzen, um tiefer in russisches Gebiet einzudringen, erörtern werden. Die Regierung Biden hat Selensky um eine Erklärung gebeten, wie solche Angriffe einen ukrainischen Militärsieg fördern würden.

Selensky hat erklärt, dass sein Plan für den ukrainischen Sieg nun vollständig ist, und versprochen, dass seine Präsentation die geforderte Rechnungslegung enthalten wird, da er darlegt, was erforderlich ist, um eine Reihe von festgelegten Schritten zum Sieg zu erreichen. Obwohl die Einzelheiten des Plans nicht bekannt gegeben wurden, hat die Presse über die Grundzüge des Plans berichtet. Dem Entwurf des ukrainischen Siegesplans scheinen sowohl der Sieg als auch der Plan zu fehlen.

Selensky sagt, der Plan sei eine «Brücke zur Stärkung der Ukraine», um «zu produktiveren zukünftigen diplomatischen Treffen mit Russland beizutragen». Am 15. September erklärte er gegenüber CNN, dass der Plan darin bestehe, «die [Ukraine] vor dem Friedensgipfel zu stärken, um in einer starken Position zu sein, denn diplomatische Entscheidungen oder Lösungen sind gut, wenn man stark ist».

Damit der Plan erfolgreich sein kann, muss er genehmigt und umgesetzt werden, bevor Biden sein Amt niederlegt. «Der Plan hängt von schnellen Entscheidungen unserer Partner ab, die zwischen Oktober und Dezember getroffen werden sollten», sagte er. Aus Angst vor einem Politikwechsel unter einer möglichen Trump-Administration sagt Selensky, der Plan müsse «heute umgesetzt werden, solange alle Beamten, die den Sieg der Ukraine wollen, in offiziellen Positionen sind».

Selensky erklärte gegenüber CNN, dass sein Plan auf vier Punkten und einem fünften Nachkriegspunkt aufbaue, von denen jeder zum Sieg beitragen solle, indem er die Ukraine «sehr stark» mache, sodass sie «bereit für eine starke Diplomatie» sei. Zu diesen Punkten gehören die Aspekte «Sicherheit», «militärische Unterstützung», «geopolitischer Platz» und «wirtschaftliche Unterstützung», wobei die Rolle der Kursk-Offensive besonders erwähnt wird.

Aber die vorgeschlagenen Punkte scheinen eher eine Wiederholung von Selenskys oft wiederholten Forderungen zu sein als ein Plan, und sie enthalten kaum einen Hinweis darauf, wie sie die Hoffnung auf einen Sieg fördern.

Der geopolitische Aspekt scheint darin zu bestehen, dass Biden auf «eine offizielle Einladung zum NATO-Beitritt» und Europa auf «einen klaren Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union» drängt. Es ist jedoch nicht klar, wie einer der beiden geopolitischen Punkte die Sache des Sieges voranbringen soll. Russland hat sich nie gegen eine ukrainische Mitgliedschaft in der EU ausgesprochen, und es wird eine ukrainische Mitgliedschaft in der NATO niemals zulassen. Im Entwurf des Istanbul Friedensabkommens wurde sogar festgelegt, dass die Ukraine der EU beitreten kann, aber nicht der NATO. Die EU-Mitgliedschaft ist nichts Neues, und die NATO-Mitgliedschaft ist nach wie vor ein Tabuthema. Russland ist in den Krieg gezogen, um den NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern; es wird den Krieg nicht beenden, um ihn zu ermöglichen.

Im Dezember 2021 unterbreitete Russland den USA und der NATO einen Vorschlag über Sicherheitsgarantien. Sollten diese nicht erfolgreich ausgehandelt werden, würde dies zu «militärisch-technischen Massnahmen» führen, was, wie sich herausstellte, die Invasion der Ukraine bedeuten würde. Die wichtigste Forderung war, die NATO nicht weiter auszudehnen. «Soweit ich mich erinnere, haben sie deswegen den Krieg begonnen», sagte Selensky. Eine offizielle Einladung zum NATO-Beitritt dient also nicht dem Ziel, den Krieg zu beenden, sondern ist der sicherste Weg, seine Fortsetzung zu gewährleisten.

Militärische Unterstützung bedeutet eine kontinuierliche Versorgung mit fortschrittlichen Waffen, einschliesslich Langstreckenraketen-Systemen, und die Freiheit, diese ohne Einschränkungen einzusetzen. Selensky erklärte gegenüber CNN, es gehe nicht nur darum, dass der Ukraine «starke militärische Unterstützung» zur Verfügung stehe, sondern auch darum, «dass wir frei sein müssen, wie wir das eine oder andere Element einsetzen können». Weit entfernt von einem Schritt zur Beendigung dieses Krieges wurde die Erfüllung dieses Punktes vom russischen Präsidenten Wladimir Putin als Ausweitung des Krieges definiert, indem «die Art des Konflikts» so verändert wird, «dass sich die NATO-Länder ... im Krieg mit Russland befinden».

Was die Sicherheitsgarantien betrifft, so ist es für den Westen schwieriger, ihnen zuzustimmen als für Russland. Russland hat verschiedenen Sicherheitsvereinbarungen zugestimmt, einschliesslich Sicherheitsgarantien für die Ukraine von verschiedenen Ländern. Selensky bestätigte zuvor, dass die Ukraine in Istanbul bereit war, eine «Neutralitätsgarantie» gegen «Sicherheitsgarantien für die Ukraine» einzutauschen. Es ist der Westen, der aus Sorge vor einer direkten Konfrontation mit Russland zögert, der Ukraine diese Sicherheitsgarantien zu geben.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Unterstützung, die für die Russen wahrscheinlich weder umstritten noch provokativ ist, bleibt die Rolle der Kursk-Offensive. Selensky sagt, dass der Krieg erst dann zu Ende sein wird, wenn die Ukraine «sehr stark ist. Und die andere Seite weiss, dass man sehr stark ist.» Das kann

nur geschehen, so Selensky gegenüber CNN, wenn das «russische Volk in Gefahr ist, wenn es «den Preis des Krieges versteht». Erst wenn die Ukraine «stark» sei, werde Putin «sich hinsetzen und verhandeln».

«Das ist die Rolle der Kursk-Offensive, die drei Ziele verfolgte: Land zu erwerben, um während der Verhandlungen Handel zu treiben, dem russischen Volk den Preis des Krieges begreiflich zu machen und russische Truppen von der Donbass-Front nach Russland umzuleiten.»

Selensky erklärte gegenüber CNN, dass die «Idee» hinter dem Einmarsch in Kursk darin bestand, «einige russische Streitkräfte dorthin zu verlegen».

«Und ich denke», fügte er hinzu, «es war die richtige Idee.»

Es mag die richtige Idee gewesen sein, aber sie hat nicht funktioniert. Sie hat die Ukraine nicht gestärkt, sondern geschwächt. Den meisten Berichten zufolge hat Russland den Vormarsch der Kursker Invasion gestoppt und einige Gebiete zurückerobert, was die Ukraine enorme Kosten an Menschenleben und Ausrüstung gekostet hat, während es den Vormarsch auf Pokrowsk und in den Donbass intensiviert und beschleunigt hat. Anstatt die russischen Bemühungen in der Nähe von Pokrowsk zu schwächen, hat es die der Ukraine geschwächt.

Es scheint auch keinen Einfluss auf die Wahrnehmung oder Unterstützung des Krieges durch die Russen gehabt zu haben, und es hat die Verhandlungen aus zwei Gründen nicht vorangebracht. Erstens wird sich Russland wohl kaum unter Druck setzen oder dazu verleiten lassen, über ein kleines Stück strategisch unbedeutendes Land zu verhandeln, das vorübergehend besetzt wird, um dafür ein riesiges Stück sehr wichtiges Land zu erhalten, zu dessen Schutz es in den Krieg gezogen ist und das es nach eigener Einschätzung halten kann.

Zweitens hat die Kursk-Offensive die Chancen für Verhandlungen ganz offensichtlich nicht verbessert. Im Gegenteil, sie hat sie zunichte gemacht. Mögliche Verhandlungen, die in diesem Winter viel Leid in der Ukraine hätten verhindern können, wenn sich beide Seiten darauf geeinigt hätten, die Angriffe auf die Energie- und Stromversorgungsinfrastruktur der jeweils anderen Seite einzustellen, wurden laut einem Bericht der «Washington Post» «durch den überraschenden Einmarsch der Ukraine in Russlands westliche Kursk-Region zum Scheitern verurteilt». Künftige Friedensgespräche zur Beendigung des Krieges sind durch den Einmarsch in Kursk ebenfalls unwahrscheinlicher geworden.

Die vier Punkte von Selensky sind eher eine Wiederholung seiner Wunschliste als ein Plan. Und nichts in diesen vier Punkten deutet auf verbesserte Verhandlungs- oder Siegchancen hin. Solange die vollständige Offenlegung der Details das Erscheinungsbild der Punkte nicht verändert, wird es in Selenskys «ukrainischem Siegesplan» nichts geben, was zum Sieg beiträgt oder einen Plan darstellt.

Ted Snider ist Kolumnist für Aussenpolitik und Geschichte der USA bei Antiwar.com. Er schreibt auch häufig für Responsible Statecraft und andere Medien.

Quelle: Zelensky's Victory Plan Contains No Victory and No Plan

Quelle: <https://uncutnews.ch/zelenskys-siegesplan-enthalt-keinen-sieg-und-keinen-plan/>

Europa bereitet sich auf einen heissen Krieg mit Russland vor und die USA auf einen heissen Krieg mit China.

Caitlin Johnstone, September 24, 2024

Niemand ist gefährlicher als Kriegstreiber, die glauben, sie könnten einen nicht zu gewinnenden Krieg gewinnen.

Mehrere Manager des Imperiums haben zur gleichen Zeit getrennte öffentliche Erklärungen abgegeben, die zusammengenommen eine beunruhigende Erinnerung an die dunklen Pläne unserer Machthaber für unsere Zukunft darstellen.



Adobe Stock.

Der Chef der US-Marine hat einen Plan vorgestellt, um bis 2027 für einen heissen Krieg mit China gerüstet zu sein, während der stellvertretende US-Aussenminister China als die «grösste Herausforderung» bezeichnet, mit der die USA in ihrer gesamten Geschichte konfrontiert waren, während der EU-Verteidigungsminister erklärt, Europa müsse sich auf einen heissen Krieg mit Russland in den nächsten Jahren vorbereiten. EU-Verteidigungsminister: Europa muss in 6–8 Jahren bereit sein, gegen Russland zu kämpfen Andrius Kubilius, ehemaliger Premierminister von Litauen, wurde zum ersten Verteidigungskommissar der EU ernannt.



In einem Artikel mit dem Titel «EU's Defense Chief Says Europe Must Be Ready To Fight Russia in 6–8 Years» schreibt Dave DeCamp von Antiwar folgendes:

Andrius Kubilius, ehemaliger litauischer Premierminister und erster EU-Verteidigungskommissar, sagte, Europa müsse innerhalb von 6–8 Jahren bereit sein, Russland zu bekämpfen.

«Verteidigungsminister und NATO-Generäle sind sich einig, dass Wladimir Putin in 6–8 Jahren zu einer Konfrontation mit der NATO und der EU bereit sein könnte», sagte Kubilius gegenüber Reuters.

«Wenn wir diese Einschätzungen ernst nehmen, dann ist das die Zeit, die wir benötigen, um uns richtig vorzubereiten, und sie ist kurz. Das bedeutet, dass wir schnelle und ehrgeizige Entscheidungen treffen müssen», fügte er hinzu.

Diese Äusserungen kommen nicht lange nachdem wir erfahren haben, dass die NATO mehrere «Landkorridore» entwickelt, um Truppen an die Frontlinie eines künftigen heissen Krieges mit Russland in Osteuropa zu bringen, während sie gleichzeitig Hunderttausende von Truppen zur Vorbereitung eines solchen Konflikts zusammenzieht.

Der US-Marinechef stellt einen Plan vor, bis 2027 für einen Krieg mit China gerüstet zu sein Die USA bereiten sich auf einen direkten Kampf mit China vor, trotz des Risikos, dass dieser zu einem Atomkrieg wird.



In einem anderen Artikel mit dem Titel «US-Marinechef stellt Plan vor, um bis 2027 für einen Krieg mit China bereit zu sein», schreibt DeCamp:

Chief of Naval Operations Adm. Lisa Franchetti, der ranghöchste Offizier der US-Marine, stellte am Mittwoch einen Plan vor, wonach das US-Militär trotz des Risikos eines Atomkriegs bis 2027 auf einen Krieg mit China vorbereitet ist.

Der Plan enthält Ziele, die bis 2027 erreicht werden sollen. Dazu gehört, dass 80% der Seestreitkräfte für kurzfristige Kampfeinsätze bereit sind. Franchetti sagte gegenüber «The Associated Press», sie wolle die Kampfbereitschaft erhöhen, «damit wir, wenn die Nation uns ruft, den «Go-Knopf drücken und unsere Streitkräfte so aufstocken können, dass wir dem Ruf folgen können».

DeCamp stellt fest, dass Franchetti zwar behauptet, die USA würden sich auf einen Krieg mit China im Jahr 2027 vorbereiten, weil dies «das Jahr ist, in dem Präsident Xi seinen Streitkräften gesagt hat, sie sollten bereit sein, in Taiwan einzumarschieren», wir aber nie einen Beweis dafür gesehen haben, dass dies tatsächlich der Fall ist. Diese häufig wiederholte Behauptung wurde ausschliesslich aufgrund unbegründeter Behauptungen des US-Geheimdienstkartells in den Mainstream übernommen, nicht aufgrund bekannter Aussagen von Xi Jinping selbst.

Nebenbei bemerkt ist Franchetti derselbe Beamte, über den wir im Juli sprachen und der sagte, dass das AUKUS-Militärbündnis (das darauf ausgerichtet ist, Australien in eine künftige, von den USA gesteuerte militärische Konfrontation mit China hineinzuziehen) bestehen bleiben wird, egal wer die Präsidentschaftswahlen gewinnt. Die Tatsache, dass die US-Kriegstreiberei weitergehen wird, egal wer die Präsidentschaftswahlen gewinnt, ist für jeden, der aufmerksam ist, offensichtlich, aber es war sehr interessant, einen Manager der US-Kriegsmaschinerie zu sehen, der ein solch offenes Eingeständnis in der Öffentlichkeit macht.

Stellvertretender Aussenminister: China ist die «grösste Herausforderung» in der Geschichte der USA Kurt Campbell sagt, der Kalte Krieg mit der Sowjetunion sei «verblasst im Vergleich» zu den «Herausforderungen», die China darstelle.



In einem Artikel mit dem Titel «Stellvertretende Aussenministerin: China ist die «bedeutendste Herausforderung» in der Geschichte der USA», schreibt DeCamp Folgendes:

Der stellvertretende Aussenminister Kurt Campbell sagte am Mittwoch, China sei die «grösste Herausforderung», der die Vereinigten Staaten je gegenübergestanden hätten.

«Man ist sich bewusst, dass dies die grösste Herausforderung in unserer Geschichte ist», sagte Campbell laut AFP vor dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses. «Offen gesagt verblasst der Kalte Krieg im Vergleich zu den vielschichtigen Herausforderungen, die China darstellt.»

Campbell ist ein langjähriger China-Falke, der sich seit der Obama-Regierung für eine stärkere Konzentration auf den asiatisch-pazifischen Raum einsetzt und als Architekt des sogenannten «Asia pivot» gilt. Er wurde im Februar als stellvertretender Aussenminister bestätigt und war zuvor als oberster Asien-Beauftragter im Nationalen Sicherheitsrat von Präsident Biden tätig.

Die Behauptung, dass China die grösste Herausforderung für eine Nation darstellt, die in zwei Weltkriegen gekämpft und jahrzehntelang einen die Welt bedrohenden Kalten Krieg geführt hat, sagt viel darüber aus, wohin sich das Imperium in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Im Juli sagte der ranghöchste US-Militärchef, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff Charles Q. Brown, er sei «völlig zuversichtlich», dass die USA einen Krieg mit China um Taiwan gewinnen würden: «Das werden grosse Konflikte sein, wie wir sie im Zweiten Weltkrieg gesehen haben, und damit müssen wir uns abfinden.»

Russland könnte sich mit China «vereinigen», wenn beide von den USA bedroht würden Dieser Kommentar kommt zu einem Zeitpunkt, da Russland grosse Marineübungen mit chinesischer Beteiligung durchführt.



Niemand ist gefährlicher als Kriegstreiber, die glauben, sie könnten einen nicht zu gewinnenden Krieg gewinnen.

Der vielleicht stärkste Beweis dafür, dass das US-Imperium nicht von rationalen Akteuren geführt wird, ist die Art und Weise, wie alle Fakten zeigen, dass ein Krieg mit China nicht gewonnen werden könnte und die Wirtschaft und das Ökosystem zerstören würde – und dennoch zeigen alle Fakten auch, dass sie sich darauf vorbereiten, diesen Krieg trotzdem zu führen.

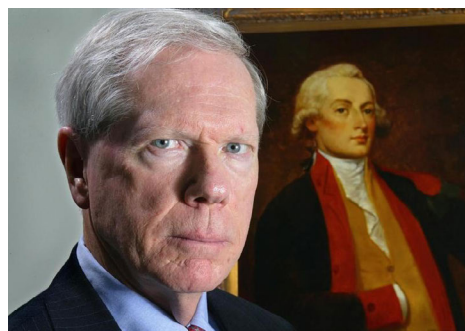
Wie wir vor kurzem erörtert haben, hat Russland bereits erklärt, dass es bereit ist, gemeinsam mit China gegen westliche Aggressionen zu kämpfen. Das westliche Machtgefüge, das sich um die Vereinigten Staaten zentriert, bereitet sich darauf vor, einen globalen Krieg gegen mehrere atomarbewaffnete Staaten zu führen. Die Revolution wird zu einer Frage von existenzieller Dringlichkeit für unsere gesamte Spezies.

Quelle: Europe Prepares For Hot War With Russia, US Readies For Hot War With China

Quelle: <https://uncutnews.ch/europa-bereitet-sich-auf-einen-heissen-krieg-mit-russland-vor-und-die-usa-auf-einen-heissen-krieg-mit-china/>

Die digitale Revolution ist der wichtigste Wegbereiter der Tyrannei

Paul Craig Roberts, September 24, 2024



Schweden und Frankreich verbieten jetzt Handys in der Schule.

Die Digitalisierung der Jugend hat ernsthafte negative Auswirkungen auf die körperliche und kognitive Entwicklung. Nachdem eine Generation von Jugendlichen herangewachsen ist, die nicht mehr funktionieren kann, weil sie digitalisierungssüchtig ist, verbannen Schweden, Frankreich und andere europäische Länder Handys aus dem Schulalltag.

Wie ich schon oft gesagt habe, ist die digitale Revolution das dritt Schlimmste, was die dumme Menschheit sich selbst eingebrockt hat, abgesehen von Atomwaffen und amerikanischen Biowaffenlabors.

Mütter, die damit beschäftigt sind, in einer Männerwelt mitzuhalten, haben die Digitalisierung an die Stelle der Mutterschaft gesetzt. Die Folgen sind schrecklich.

Grosseltern berichten, dass ihre Enkelkinder ihre Zeit der kognitiven Entwicklung mit dem Spielen von Videospielen und dem Scrollen von Handys vergeudet haben, anstatt sich Fähigkeiten anzueignen. Folglich sind sie nicht in der Lage zu arbeiten oder die Anforderungen für ihr Überleben zu verstehen. Ihre Welt ist eine Welt der Unterhaltung.

Die kinderfeindliche Turm-von-Babel-Sodom-und-Gomorrha-Gesellschaft, die die liberale Linke für die Amerikaner geschaffen hat, hat die Eltern der Gnade der Gestapo des Kinderschutzes ausgeliefert. Infolgedessen haben die Mütter der Plage der Digitalisierung eine Überbehütung hinzugefügt, und die Folge ist die Unfähigkeit der Jugend, sich zu selbstbewussten und fähigen Menschen zu entwickeln. Das macht die Jugend unserer Zeit anfällig für Tyrannei.

Zu meiner Zeit haben wir uns in den Pausen auf dem Schulhof geprügelt, wobei jeder Junge durch seine Bereitschaft zu kämpfen bewiesen hat, dass er nicht schikaniert werden konnte. Die Lehrer, die den Pausenhof beaufsichtigten, mischten sich nie ein, es sei denn, die Dinge gerieten ausser Kontrolle. Aber bis dahin hatte sich ein anderer Junge eingemischt und den Kampf des unterlegenen Jungen aufgenommen. Tyrannen waren auf den Spielplätzen meiner Jugend nur von kurzer Dauer. Die meisten von uns sind damit aufgewachsen, an sich selbst zu glauben. Dieser Zwang zu unangemessenem und inakzeptablem Verhalten ist heute nicht mehr vorhanden. Den Amerikanern fehlt heute das Selbstvertrauen, sich der Tyrannei zu stellen, die sie umgibt. Sie flüchten sich in die Fake News ihrer Unterdrücker, während ihre Freiheit schwindet.

Quelle: The Digital Revolution Is the Prime Enabler of Tyranny

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-digitale-revolution-ist-der-wichtigste-wegbereiter-der-tyrannei/>

15 Regeln für die Diskussion über die israelische Kriegstreiberei

Caitlin Johnstone, September 24, 2024



Adobe Stock

Es ist ein paar Minuten her, seit Israel das letzte Mal ein neues Projekt militärischer Massengewalt gestartet hat. Vielleicht ist es also an der Zeit für eine Auffrischung der offiziellen Regeln, wie wir über solche Dinge denken und sprechen sollen. Caitlin Johnstone

Israel tötete am Montag bei einem neuen massiven Angriff auf den Libanon, bei dem die IDF mehr als tausend Luftangriffe flogen, rund 500 Menschen.

Die USA schicken wieder einmal zusätzliche Truppen in den Nahen Osten, während die Lage eskaliert, und zwar auf Befehl von wer weiss wem, denn das Gehirn des Präsidenten hat völlig aufgehört zu funktionieren. Es ist ein paar Minuten her, seit Israel das letzte Mal ein neues Projekt militärischer Massengewalt gestartet hat. Vielleicht ist es also an der Zeit für eine Auffrischung der offiziellen Regeln, wie wir über solche Dinge denken und sprechen sollen.

Regel 1: Die aufgezeichnete Geschichte begann am 7. Oktober 2023. Vielleicht geschahen einige Dinge vor diesem Datum, aber niemand kann sich daran erinnern.

Regel 2: Alles Schlechte, das Israel tut, ist durch Regel 1 gerechtfertigt. Das gilt selbst dann, wenn es Dinge tut, die als vollkommen unvertretbar gelten würden, wenn sie von einer Nation wie Russland oder dem Iran begangen würden.

Regel 3: Israel hat das Recht, sich selbst zu verteidigen, aber niemand sonst hat es.

Regel 4: Israel bombardiert niemals Zivilisten, es bombardiert Terroristen. Wenn eine schockierende Anzahl von Zivilisten stirbt, dann weil sie tatsächlich Terroristen waren, oder weil Terroristen sie getötet haben, oder weil ein Terrorist zu nahe bei ihnen stand. Wenn keiner dieser Gründe zutrifft, dann aus einem anderen mysteriösen Grund, auf dessen Untersuchung die IDF noch immer warten.

Regel 5: Wer alles kritisiert, was Israel tut, hasst das jüdische Volk. Es gibt keinen anderen Grund, warum jemand dagegen sein könnte, dass militärischer Sprengstoff auf Gebiete voller Kinder abgeworfen wird, ausser einem brodelnden, obsessiven Hass auf einen kleinen abrahamitischen Glauben.

Regel 6: Nichts, was Israel tut, ist jemals so schlimm wie die in Regel 5 beschriebene hasserfüllte Kritik. Die Kritik an Israels Handlungen ist immer schlimmer als Israels Handlungen selbst, weil diese Kritiker Juden hassen und einen weiteren Holocaust anstreben. Dies zu verhindern, muss 100 Prozent unserer politischen Energie und Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Regel 7: Israel kann niemals der Täter sein, es kann immer nur das Opfer sein. Wenn Israel den Libanon angreift, dann deshalb, weil die Hisbollah es vollkommen unprovokiert angegriffen hat, während Israel sich unschuldig um seine eigenen Angelegenheiten kümmerte und versuchte, in Ruhe einen kleinen Völkermord zu begehen. Wenn Menschen gegen die Bombardierung ganzer Städte durch Israel protestieren, dann ist Israel das Opfer, weil die Proteste die Unterstützer Israels traurig gemacht haben.

Regel 8: Die Tatsache, dass sich Israel buchstäblich immer im Kriegszustand mit seinen Nachbarn und mit vertriebenen einheimischen Bevölkerungsgruppen befindet, muss als Beweis dafür gewertet werden, dass Regel 7 wahr ist, anstatt als Beweis dafür, dass Regel 7 lächerlicher Unsinn ist.

Regel 9: Das Leben von Arabern ist für uns viel, viel weniger wichtig als das Leben von Westlern oder Israelis. Niemand darf zu sehr darüber nachdenken, warum das so sein könnte.

Regel 10: Die Medien berichten immer die Wahrheit über Israel und seine verschiedenen Konflikte. Wenn Sie dies bezweifeln, verstossen Sie wahrscheinlich gegen Regel 5.

Regel 11: Unbewiesene Behauptungen, die Israels Feinde in ein negatives Licht rücken, dürfen als Tatsachenberichte ohne jegliche Überprüfung oder Einschränkung gemeldet werden, während ausführlich belegte Belege für israelische Verbrechen mit äusserster Skepsis und zweifelhaften Zusätzen wie «der Libanon sagt» oder «laut dem von der Hamas geführten Gesundheitsministerium» gemeldet werden müssen. Das ist wichtig, weil man sonst als Propagandist beschimpft werden könnte.

Regel 12: Israel muss in seiner jetzigen Form weiter bestehen, egal, was es kostet oder wie viele Menschen sterben müssen. Es ist nicht nötig, logisch oder moralisch begründete Gründe zu nennen, warum dies der Fall ist. Wenn Sie dies bestreiten, verstossen Sie wahrscheinlich gegen Regel 5.

Regel 13: Die US-Regierung hat noch nie über etwas gelogen und steht in jedem Konflikt immer auf der richtigen Seite.

Regel 14: (nur für Amerikaner) Nichts, was im Nahen Osten geschieht, ist so dringend oder wichtig wie die Sicherstellung, dass die richtige Person die US-Präsidentschaftswahlen gewinnt. Ignorieren Sie alle unbequemen Fakten, die Sie von dieser unvergleichlich wichtigen Aufgabe ablenken.

Regel 15: Israel muss geschützt werden, weil es die letzte Bastion der Freiheit und der Demokratie im Nahen Osten ist, egal wie viele Journalisten es ermorden muss, egal wie viele Presseorgane es abschalten muss, egal, wie viele Proteste seine Unterstützer zerschlagen müssen, egal wie viel Meinungsfreiheit es beseitigen muss, egal wie viele Bürgerrechte es auslöschen muss und egal, wie viele Wahlen seine Lobbyisten kaufen müssen.

Quelle: 15 Rules For Discussing Israeli Warmongering

Quelle: <https://uncutnews.ch/15-regeln-fuer-die-diskussion-ueber-die-israelische-kriegstreiberei/>

Die Träume der Links-Grünen sind geplatzt

Claudia56, 23.9.2024, 13:35

Weder das «wir schaffen das», wie es uns Merkel versprochen hat, hat geklappt, Deutschland ist mittlerweile völlig überfordert von einer massenhafte Zuwanderung, es fehlt an Platz (und auch an Geld) für die Migranten an allen Ecken und Enden, und die viel versprochenen Fachkräfte fehlen immer noch. Ausserdem ist die Kriminalität gestiegen. Frauen können sich nicht mehr ohne weiteres überall allein frei und ohne Angst bewegen. Es ist eben nicht das schöne Multikulti eingekehrt, so wie sich das manche Menschen gewünscht haben. Es ist vielmehr ein grosses Chaos und viel Unsicherheit entstanden. Wir haben uns überfordert und bekommen das wohl ohne eine totale Veränderung der Migration nicht mehr in den Griff. Das haben auch die Wähler begriffen, **noch, das nur die Alten die AfD wählen**, denn bei den letzten 4 Wahlen, die EU Wahl, die Sachsenwahl, die Thüringenwahl und die Brandenburgwahl gibt es einen Trend, der zeigt, dass besonders junge Wähler ihr Kreuz bei der AfD, beim BSW oder bei den Kleinstparteien die man unter Sonstige finden kann, machen und eben nicht bei den Altparteien. Komischerweise haben gerade die Alten 60+ die SPD in Brandenburg gerettet, obwohl die ja immer nur von den Altparteien beschimpft werden und immer an allem Schuld sind, **noch, dass die Jungen automatisch Grüne wählen**, auch die Annahme, dass junge Leute sich für die Grünen interessieren, weil die für die Klimawende stehen und somit ja ihr zukünftiges Lebensumfeld schützen, ist in die Hose gegangen. Die jungen Leute wollen lieber auch an dem Leben, dass sie kennen teilhaben, bei dem man ständig in anderen Länder Urlaub macht, bei der man ununterbrochen Dinge bestellt, die man eigentlich nicht braucht, aber schon das Bestellen macht ja den Kick. Und wenn dann der Paketdienst kommt, ist das immer wie Weihnachten, man darf sein Päckchen auspacken. Ticktock und Co. verbraucht Unmassen an Energie, die ja das böse CO2 macht, aber darauf will man auch nicht verzichten. Auch junge Leute lieben dicke Autos und wollen den Führerschein machen und selbst eins besitzen.

Die Jungen wollen genauso wie die Alten auf ein Leben in Wohlstand nicht verzichten. Auch wollen sie keine Bevormundung, keine Umerziehung, und nicht zu Menschen 2. Klasse im eigenen Land werden, **noch, dass man die AfD mit Ausgrenzung bekämpfen kann, ist aufgegangen.**

Das kann man getrost als gescheitert ansehen. Im Gegenteil, je mehr man die AfD in die Schmudelecke stellt, umso mehr Wähler kann sie generieren. Das ist ein Phänomen das man nicht mehr leugnen kann. Selbst die Behauptung, dass Höcke und Co. samt der AfD als «nachgewiesen» rechtsextrem gilt, verfängt nicht mehr. Die Leute wählen die AfD trotzdem. Sicherlich wählen auch einige die AfD wegen dem Geschwafel von Höcke und Co. aber eben nicht alle AfD Wähler sind an völkischem interessiert, Es wählen viele ja auch die AfD, weil da Leute drin sind, die vorher mal in der CDU waren und die CDU verlassen mussten weil Merkel sie vom konservativen Stil weggeführt hat. Noch in den 80er 90er Jahren gab es CDU-Wahlplakate, die im Stil der Wahlplakate der heutigen AfD waren. Z.B. «Keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme». Wenn man so will ist die AfD eine Abspaltung der CDU, weil Konservativ plötzlich ab 2015 auch in der CDU verpönt war.

Die AfD will **eine Politik für unser Land und für unsere Bürger**, was ja auch normal ist. Zu unseren Bürgern gehören selbstverständlich alle, die einen deutschen Pass besitzen. Die AfD will keine Remigration deutscher Bürger. Das wird ihnen einfach nur unterstellt.

Wir müssen auf jeden Fall Migration begrenzen, so wie das jetzt ist, wo jährlich eine Grossstadt zuwandert, so geht das einfach nicht weiter.

Zudem, kommen die Falschen und die Falschen werden auch wieder abgeschoben, das kann man den Menschen nicht mehr vermitteln.

Ja, wir brauchen Fachkräfte. Aber die kommen nicht durch illegale Einwanderung, die kommen über eine Einwanderung für Fachkräfte.

Wer **illegal die Grenzen eines Landes verletzt**, seinen Pass wegschmeisst und sich Asyl und Geldleistungen erschleichen will, das sind doch nicht die Leute, die man hier haben will. Die nehmen es dann wohl auch später nicht ganz so genau mit den Gesetzen. Allein deshalb muss man der illegalen Einwanderung einen Riegel vorschieben.

Im Moment sieht es ja so aus, dass die für ihre Dreistigkeit auch noch belohnt werden, in dem sie für immer bleiben dürfen, auch wenn sie keinen Asylgrund haben.

Eine richtig gute Einwanderungspolitik sieht so nicht aus.

Wir brauchen keine Einwanderung ausschliesslich junger Männer, wir brauchen keine Einwanderung ins kriminelle Milieu, wir brauchen keine Einwanderung in die Sozialsysteme, wir brauchen auch keine Einwanderung in Gebiete/Stadtteile in der sie unter sich bleiben und dort dann nach ihren eigenen Gesetzen leben. Deshalb müssen wir dringend Asyl, Kriegsflüchtlinge, Menschen die ein besseres Leben haben möchten und Arbeitsmigration trennen. Nicht alle können zu uns kommen. Und nicht alle können für immer bleiben.

Asyl, das muss anders geregelt werden. Am besten müssten die Leute, die einen echten Asylgrund haben das ausserhalb Europas anmelden. Und wer keine Asylgrund hat, der bleibt gleich draussen vor der Tür Europas.

Kriegsflüchtlinge, bleiben nur solange wie der Krieg dauert, genau so steht es ja auch in der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn der Krieg vorbei ist, ist der Grund als Kriegsflüchtling auch vorbei.

Menschen die ein besseres Leben haben wollen, dafür gibt es weder im Asylrecht noch in der Genfer Flüchtlingskonvention einen Passus. Wir sind also nicht verpflichtet anderen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Diese Leute sollen in Zukunft nur noch über **ein Einwanderungsgesetz** Zugang erhalten. Dazu müssen sie aber Bedingungen erfüllen. Wenn ich was zu sagen hätte, wären das so Dinge, wie der Wille zur Integration, und selbst für sich und ihre Familie zu sorgen.

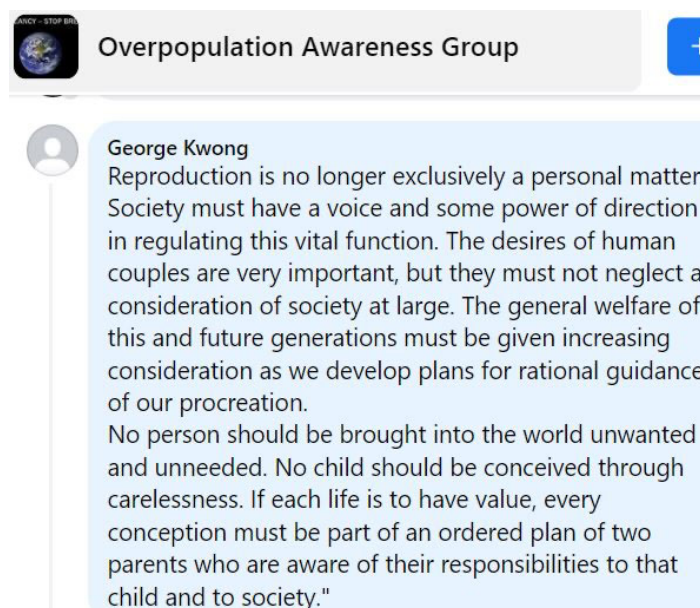
Dann haben wir noch die **Arbeitsmigration**, die ist unbedingt erforderlich, aber die kann auch auf Zeit erfolgen, nicht jeder will ja für immer bei uns bleiben. Man siehe die Polinnen, die z.B. unsere Alten pflegen. Die wollen ja nicht ganz hierherziehen. Wenn dann Leute die hier arbeiten bei uns für immer bleiben wollen, dann kann auch das durch **Einwanderungsgesetz** geregelt werden.

Quelle: https://www.fischundfleisch.com/claudia56/die-traeume-der-links-gruenen-sind-geplatzt-87346?utm_source=notifications&utm_medium=email&utm_campaign=notifications



Gefunden von Achim Wolf bei <X>, vormals <Twitter>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschließlich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbolen, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

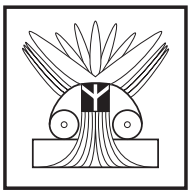


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todesymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf- und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

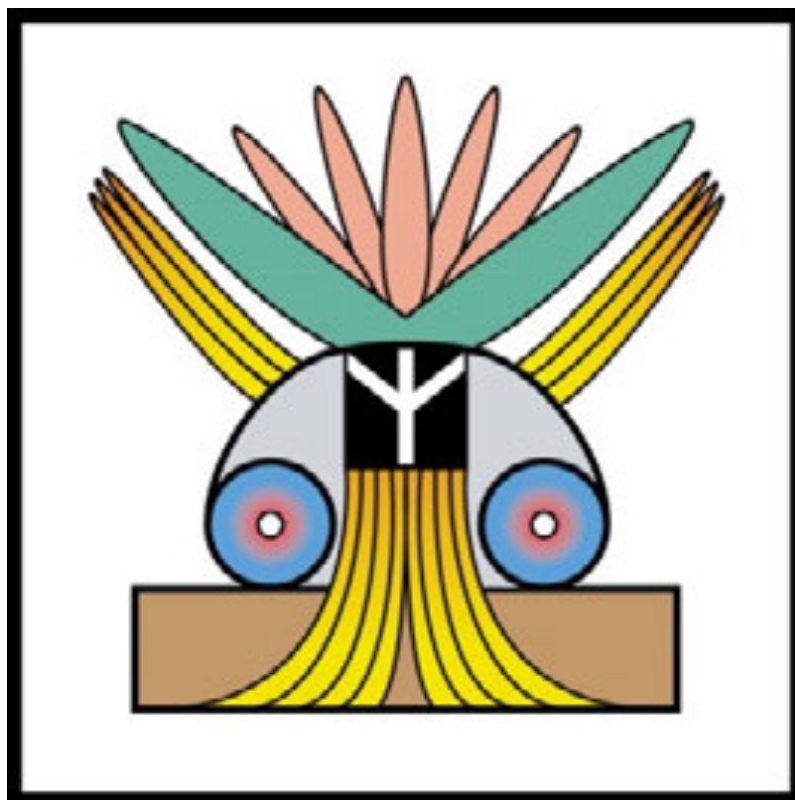
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ**

**EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح**

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. + 41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinn und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

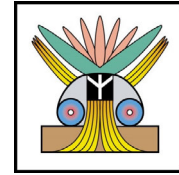
Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2024
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz